

# Umbruch in Ägypten

Zum Machtkampf in einer gespaltenen Gesellschaft

---

Dominik Zurlo

Arbeitspapier

Nr. 1 / 2014

---



Universität Hamburg  
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

**Institut für Politikwissenschaft**

Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung  
Research Unit of Wars, Armament and Development

## Anschrift und Bezugsadresse



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

### **Institut für Politikwissenschaft**

Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung

Allende-Platz 1

20146 Hamburg

[www.akuf.de](http://www.akuf.de)

Tel.: +49 40 42838-3689

Fax : +49 40 42838-2460

E-Mail: [akuf@uni-hamburg.de](mailto:akuf@uni-hamburg.de)

ISSN 1432 - 8283

**Zum Autor:**

Dominik Zurlo ist Masterstudent der Friedens- und Konfliktforschung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Seine Abschlussarbeit befasst sich mit dem Verhältnis des Militärs und der Muslimbruderschaft in Ägypten und den Gründen für die gewaltsame Eskalation nach dem Sturz Mohammed Mursis 2013. Zuvor hat er an der Ruhr-Universität Bochum sein Bachelorstudium in Politikwissenschaft und Anglistik absolviert. Sein thematischer Schwerpunkt liegt auf Konfliktursachenanalyse sowie terroristischen und nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen; regional arbeitet er primär über Länder der Region Nordafrika.

Kontakt:

dz@zurlo.de

**Zusammenfassung:**

Am 11. Februar 2011 trat nach wochenlang andauernden Massenprotesten der seit 30 Jahren amtierende ägyptische Ministerpräsident Hosni Mubarak zurück. Statt des von den Demonstranten geforderten demokratischen und liberalen Neuaufbruchs begann jedoch eine turbulente und höchst chaotische Transitionsphase, die bis heute andauert. Diese war von politischen Grabenkämpfen, gesellschaftlichen Verwerfungen und immer wieder in Gewalt ausufernden Demonstrationen gezeichnet. Zu Anfang erlebte der politische Islam einen rasanten Aufstieg, die islamische Regierung wurde jedoch bereits nach einem Jahr durch das Militär wieder abgesetzt. Die liberal-säkularen Bewegungen, treibende Kräfte hinter den Protesten, konnten politisch kaum Einfluss gewinnen, während das Militär aktuell seine Macht zu konsolidieren scheint und Oppositionelle, besonders die Muslimbruderschaft, rigoros einschränkt und bekämpft. Zentrales Anliegen der Arbeit ist es, die mannigfaltige und verworrene Entwicklung der letzten drei Jahre offenzulegen und diese systematisch zu ordnen. Dabei soll besonders auf wesentliche Entwicklungsdynamiken bezüglich der beteiligten gesellschaftlichen Akteure eingegangen werden, um deren Rolle in der Transitionsphase zu analysieren. Es soll geklärt werden, wie es einerseits dazu kommen konnte, dass der politische Islam einen so bemerkenswerten Aufschwung wie auch rasanten Abstieg erlebte, andererseits warum liberale Kräfte ohne politischen Einfluss blieben. Besonders berücksichtigt wird auch die facettenreiche Rolle des Militärs. Ein Ausblick auf die mögliche Zukunft der Akteure und des Landes, eine Einordnung des Verhaltens der Akteure sowie die Frage, was von den Ideen der „Revolution“ übrig geblieben ist, bilden den Kern des letzten Teils der Arbeit.

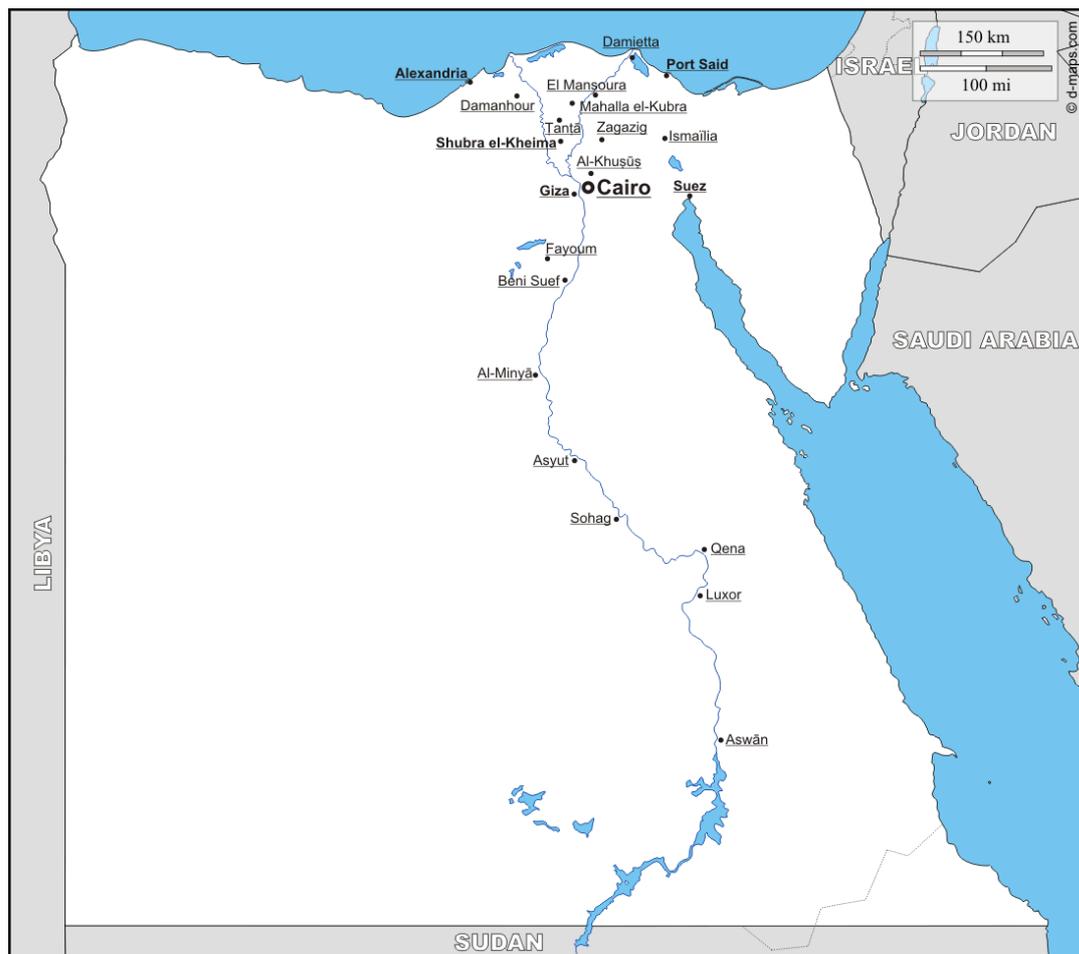
# Gliederung

1. Zweimal Stunde Null	S. 6
2. Die Spaltung der ägyptischen Gesellschaft nach dem Sturz Mubaraks	S. 7
2.1 Die Akteurskonstellation als Grund für die politische Spaltung	S. 9
2.2 Die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011 und 2012	S. 11
2.3 Der Aufschwung des politischen Islam nach der Revolution	S. 14
2.4 Marginalisierung der liberalen und säkularen Kräfte der Revolution	S. 16
3. Reaktion auf Aufstieg und Dominanz des politischen Islam	S. 19
4. Weitere Entwicklung im Jahr 2013	S. 25
4.1 Das Ende der islamischen Regierung	S. 28
4.2 Ergebnisse der Transitionsphase: Rückkehr der Elite statt Erneuerung?	S. 32
5. Politische und gesellschaftliche Zukunftsaussichten	S. 35
6. Literaturverzeichnis	S. 40

## Landesdaten Ägypten

Regierungsform	Präsidentialdemokratie
Bevölkerung	über 85 Millionen
Fläche	1.001.450 km <sup>2</sup>
Religionen	über 90 % Muslime, 5-10 % Christen
Interimspräsident	Adli Mansur (seit dem 04.07.2013, vorher Präsident des Verfassungsgerichtes)
Interimspremierminister	Ibrahim Mahlab, <i>parteilos</i> (seit dem 01.03.2014, vorher Minister für Wohnungsbau)
Vorheriger offizieller Staatspräsident	Dr. Mohammed Mursi, <i>Freiheits- und Gerechtigkeits- partei</i> (seit dem 30.06.2012, abgesetzt am 03.07.2013)
vorherige Premierminister	Hasemel-Beblawi, <i>parteilos</i> (seit dem 09.07.2013, Rücktritt am 24.02.2014), zuvor Hesham Kandil, <i>parteilos</i> (seit dem 02.08.2012, abgesetzt am 03.07.2013)

Quelle: Auswärtiges Amt



Quelle: d-maps.com

## 1. Zweimal Stunde Null

In den ersten freien Parlamentswahlen nach der ägyptischen Revolution 2011 trugen die Parteien des politischen Islam einen haushohen Sieg davon, obwohl sie während der Proteste kaum eine Rolle gespielt hatten. Vor allem die Partei der Muslimbruderschaft, die *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei*, und die Partei der konservativ-islamistischen Salafisten, die *Partei des Lichts*, fuhren beeindruckende Wahlerfolge ein. Die liberalen Kräfte und die Jugendkoalitionen hingegen, die die Demonstrationen gegen Husni Mubarak erst in Gang gebracht und organisiert hatten, waren politisch kaum noch von Bedeutung. Mitte 2013 änderte sich die Situation wieder, denn nur zweieinhalb Jahre nach dem Sturz Mubaraks erlebte Ägypten zum zweiten Mal seine Stunde Null: Der erste gewählte Präsident, der Muslimbruder Mohammed Mursi, wurde auf Druck der Bevölkerung vom Militär abgesetzt. Nur handelte es sich bei ihm nicht wie bei dem abgesetzten Mubarak um einen alteingesessenen Diktator, sondern um den ersten in demokratischen Wahlen gewählten Präsidenten Ägyptens. Entscheidend für die Proteste, die hierzu führten, war ein weiteres Mal das Engagement der Liberalen und der Jugendlichen, nachdem die Muslimbruderschaft bei großen Teilen des Volkes in Ungnade gefallen war. Beide Umstürze wären jedoch ohne die aktive Unterstützung des Militärs nicht möglich gewesen.

Aktuell regiert eine vom Militär eingesetzte Interimsregierung, welche mit der Armee gegen alle Widerstände und oppositionellen Proteste vorgeht. Diese Kompromisslosigkeit bekommt vor allem die Muslimbruderschaft zu spüren. Es stellt sich daher die Frage, wie es in nur etwas mehr als drei Jahren zu diesen extremen und teils gegensätzlichen Entwicklungen bezüglich des öffentlichen Zuspruchs und des politischen Einflusses der verschiedenen Gruppen kommen konnte? Wie konnte es passieren, dass der politische Islam so plötzlich diesen bemerkenswerten Aufschwung erlebte, um nach nur einem Jahr in einer Art „zweiten Revolution“ seine Macht komplett zu verlieren. Und wie kam es dazu, dass die liberalen Kräfte nach dem Umbruch keinerlei politischen Einfluss gewinnen konnten, dann aber wieder von einer breiten Bevölkerungsschicht bei den Protesten gegen Mursi unterstützt wurden? Und wie kann es bei dieser politischen Instabilität weitergehen – ist Ägypten überhaupt noch regierbar?

## 2. Die Spaltung der ägyptischen Gesellschaft nach dem Sturz Mubaraks 2011

### *Der Sturz der Regierung Mubarak*

Nachdem der sogenannte „Arabische Frühling“ seinen Ausgangspunkt in den Aufständen in Tunesien hatte, schwappten die Proteste schnell in andere Länder Nordafrikas über, darunter auch Ägypten. Anfang des Jahres 2011 fanden dort erste Demonstrationen statt, bis am 25. Januar ein landesweiter Massenprotest den Umsturz der Mubarak-Regierung ins Rollen brachte. Die Demonstrationen ebten in den folgenden Tagen nicht mehr ab und als sich auch das Militär auf die Seite der Protestierenden stellte, war Präsident Husni Mubarak am 11. Februar gezwungen seinen Rücktritt zu erklären (Uppsala Conflict Data Program).

Als tieferliegende Gründe für den Aufstand in Ägypten werden vor allem soziale und ökonomische Probleme wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit, starke Lebensmittelpreissteigerungen, eine Rückständigkeit im Bildungssystem sowie politische Faktoren wie gefälschte Wahlen und die allgegenwärtige Korruption und Selbstbereicherung der Eliten angesehen. Während der Aufstände wurden darüber hinaus vor allem eine Garantie von Bürgerrechten, von Religionsfreiheit und -gleichheit sowie ein Ende der Mubarak-Diktatur gefordert (Trager 2011, 114).

Die Forderungen nach Rechten und Freiheiten liegen in dem seit 1967 ununterbrochen herrschenden Ausnahmezustand begründet. Durch diesen konnten alle bürgerlichen Rechte – wie zum Beispiel Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit oder das Briefgeheimnis – massiv eingeschränkt und Menschen ohne Anklage und offene Verhandlungen inhaftiert sowie an Militär- und Sondergerichte überwiesen werden. Zudem herrscht in der ägyptischen Gesellschaft und Politik ein tief verankertes System von informellen Handlungsspielräumen, Klientelismus und Korruption, das den Eliten in die Hände spielt (Harders 2011, 22-24). Während bei den ersten Demonstrationen noch Slogans gegen Repression, Ungerechtigkeit und Polizeigewalt vorherrschten, wurde nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste durch die Polizei ein Sturz des Systems gefordert (Harders 2011, 30).

### *Die Jugend als Träger der Proteste*

Die Hauptträger der Proteste waren Jugendkoalitionen, die bislang für die ägyptische Gesellschaft unbekannt waren. Diese kollektiven Akteure bestanden überwiegend aus gut ausgebildeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Mittelschicht zwischen 15 und 40 Jahren (Harders 2011, 13). Sie gehörten mit Hilfe neuer Kommunikationsformen zu einer jungen, liberalen und gut vernetzten Generation, die als Blogger und Facebook-Aktivisten zu Initiatoren und Organisatoren der Proteste wurden, indem sie ihre

Freunde und Kontakte zu Protesten einladen. Das Internet sowie die Verbreitung von Handys haben die Organisation und den Informationsaustausch für die Protestler wesentlich erleichtert (Asseburg 2011, 4-6). Wichtige Neuigkeiten konnten so schnell und direkt verbreitet werden (Trager 2011, 114).

Bei diesen Aktivisten handelte es sich um eine politisch stark heterogene Gruppe, die zwar im Ziel der Proteste vereint waren, sonst aber deutliche Unterschiede in ihren politischen, ideologischen und religiösen Hintergründen aufwiesen. Diese Pluralität spielte während der Massendemonstrationen allerdings noch kaum eine Rolle, da sie alle für einen Bruch mit dem System der Mubarak-Ära sowie einen politischen Neuanfang einstanden (Asseburg 2011, 6).

#### *Die Spaltung der ägyptischen Gesellschaft*

Nach dem Rücktritt Mubaraks übernahm das Militär in Form des *Supreme Council of Armed Forces* (SCAF) als Interimsregierung die Macht. Die oft gewaltsamen Massenproteste nahmen jedoch kein Ende. Über das gesamte Jahr verteilt fanden aus unterschiedlichen Gründen immer wieder Demonstrationen statt.

Bereits in der Pluralität der Forderungen bei den Massendemonstrationen nach dem Rücktritt Mubaraks im Jahr 2011 wurden erste Risse in der ägyptischen Gesellschaft deutlich. Es wurden die verschiedensten Positionen vertreten und deren Umsetzung durch eine neue Regierung vehement eingefordert. Verlangt wurde die endgültige Auflösung des alten Regimes, die schnellere Machtübergabe des Militärs an eine demokratisch legitimierte Regierung oder, von islamischer Seite, die Einführung des islamischen Rechts. Bei den Wahlen zum ersten demokratisch gewählten Parlament von November 2011 bis Januar 2012 fanden dagegen dann Demonstrationen statt mit dem Appell, die Forderungen, die während der ersten Massenproteste gegen Mubarak gestellt worden waren, zu erfüllen (Maher 2013).

Es war besonders brisant, dass bereits über grundlegende Fragen politische Uneinigkeit herrschte. So blieb grundsätzlich ungeklärt, wie eine neue politische Ordnung aussehen sollte. Dabei herrschten sowohl bei den Liberalen wie auch islamischen Gruppen – starke Ängste vor der jeweils anderen Gruppierung. Während beide Seiten auf eine starke Freiheitlichkeit drängten, war die Interpretation dieses Begriffes doch völlig unterschiedlich. Auf der einen Seite planten die Liberalen eine schnelle und verbindliche Festlegung von unveränderbaren freiheitlichen Prinzipien, um beispielsweise Garantien für eine freie Meinungsäußerung zu schaffen; auf der anderen Seite argumentierte man von islamischer Seite, dass jegliche Freiheit an den Respekt für die *Sharia*, das islamische Recht, gebunden sein müsse (Masoud 2011, 118-125).

Im Rückblick scheint es bereits hier nur eine Frage der Zeit, bis einige Gruppen von der Politik einer neuen Regierung enttäuscht werden würden. Gleichzeitig lässt die Stärke der Proteste bereits zu diesem Zeitpunkt an einer friedlichen Vermittlung und Kompromiss-schließung zwischen den verschiedenen Gruppen zweifeln. Zudem war auch auf praktischer Ebene der Weg in die Demokratie hoch umstritten. Es stellten sich gleich mehrere Fragen: Sollten Wahlen möglichst früh oder eher spät stattfinden, sollte es erst eine Verfassungsversammlung oder zunächst eine Verfassungsreform geben, sollte erst die Parlamentswahl oder die Präsidentenwahl erfolgen? Streit entzündete sich hier vor allem durch taktische Überlegungen der verschiedenen politischen Gruppierungen: Von verschiedenen Arrangements würden sie auf unterschiedliche Art und Weise profitieren – so erhofften sich zu Anfang die islamischen Kräfte aufgrund ihres etablierten Status Erfolge von schnellen Entscheidungen, während die Liberalen sich von späteren Entscheidungen Vorteile versprachen, um so ihre Ansichten wirksamer vertreten zu können (Harders 2011, 32).

Es traten also bereits kurz nach dem Umsturz völlig verschiedene politische Visionen von der Zukunft Ägyptens auf und ein „shared view of the foundations of a future political system“ – wie Jeremy Sharp es formuliert – war nicht in Sicht (Sharp 2013, 3). Hinzu kam, dass neben einer zerstrittenen Gesellschaft und der allgemeinen Uneinigkeit über die zukünftige politische Richtung auch die immer stärker schrumpfende Wirtschaft zunehmend zum Problem wurde: Durch das herrschende Machtvakuum und das politische Chaos kam es zu einem hohen Haushaltsdefizit, einem schlechten Investitionsklima und bereits zu ersten Anzeichen einer drohenden Wirtschaftskrise mit stagnierendem Wirtschaftswachstum und steigender Inflation (Sharp 2013, 1-4).

## **2.1. Die Akteurskonstellation als Grund für die politische Spaltung**

Der Hauptgrund für die gesellschaftliche Spaltung und die daraus resultierende Uneinigkeit über die politische Zukunft Ägyptens liegt in der Akteurskonstellation. Bereits die Revolutionsbewegung war während der Proteste gegen die Regierung Mubaraks stark pluralistisch – was einerseits bedeutete, dass sie eine breite gesellschaftliche Basis hatte, aber andererseits auch keine einende Vision oder ein gemeinsames politisches Projekt für ein neues Ägypten vorweisen konnte, welche die verschiedenen Kräfte nach dem Sturz Mubaraks zur Kooperation veranlasst hätten.

Vereinfacht dargestellt spaltet sich die Gesellschaft in zwei politisch stark gegensätzliche Gruppen auf. Auf der einen Seite der tief religiöse und auf der anderen der liberal-freiheitliche und vorwiegend säkulare Bevölkerungsteil, die beide sehr

unterschiedliche und schwer zu vereinbarende Normen- und Wertvorstellungen vertreten (Masoud 2011, 117). So waren erstere deutlich für den mehrheitlich von Muslimbrüdern und Salafisten erarbeiteten Verfassungsentwurf, während letztere eine Widerstandsfront gegen den islamischen Entwurf aufbauten (Hasanen 2013, 142).

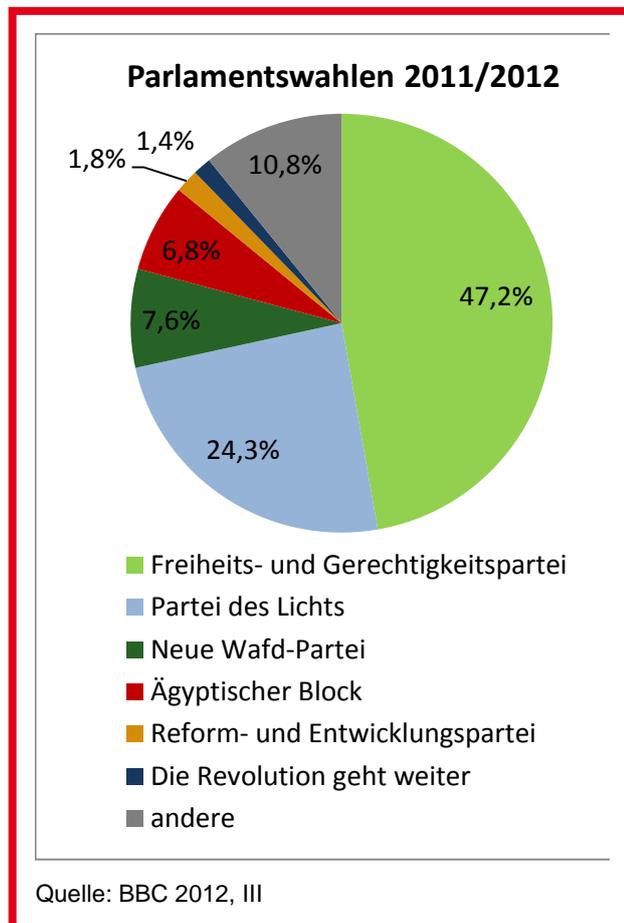
Dazu kommt drittens das Militär in Form des *SCAF* als zusätzlicher einflussreicher Akteur mit ganz eigenen Zielen und Vorstellungen (Hasanen 2013, 142). Dieser wurde in der Übergangszeit nach der Revolution von den beiden Parteien als eine Art „Schiedsrichter“ und neutraler Vermittler gesehen, verfolgt allerdings auch ganz eigene Interessen. Das Herausögern einiger Entscheidungen dürfte demnach kaum Zufall sein, da das Militär eine eventuell demokratischere Version des *status quo ante* präferiert, um die eigene umfassende Macht und die beträchtlichen Vorrechte aus der Zeit des Mubarak-Systems zu erhalten – eine Einstellung, die sich in der aktuellen Entwicklung deutlich widerspiegelt (Masoud 2011, 126). Dabei ist es wichtig zu beachten, dass das Militär nicht nur ein politisch, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftlich extrem einflussreicher Akteur ist, der über eine Milliardenindustrie im Bau- und Hotelgewerbe sowie im Immobilienmarkt und in der Produktion von Gütern verfügt und versucht diese zu schützen (Hasanen 2013, 142). Über den wahren Anteil des Militärs an der ägyptischen Wirtschaft existieren jedoch keine verlässlichen öffentlichen Daten. Auch Wirtschaftswissenschaftler kommen zu unterschiedlichen Schätzungen, die von einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt „irgendwo zwischen fünf und 15 Prozent“ bis hin zu 45 Prozent gehen (Hassel 2011). Problematisch bei der Einschätzung sei vor allem die starke Elitenverflechtung, so dass es kaum möglich sei definitiv festzustellen, welche Unternehmen alle zur Militärwirtschaft gehören (Hassel 2011).

Der gesellschaftliche Einfluss des Militärs rührt zum einen aus stark verbreiteten Narrativen, in denen die Armee im Zentrum des ägyptischen Kampfes gegen Kolonialismus und externe Aggression und für die Realisierung des „Volkswillen“ steht. Durch den Sturz der als vom Westen gesteuerten und korrupt angesehenen Monarchie 1952 und den Kampf gegen Israel hat sich das Militär als Garant für interne Stabilität und Gerechtigkeit und Verteidiger der Interessen des ägyptischen Volkes einen Namen gemacht (Cook 2007, 28). Darüberhinaus ist die Armee – obwohl die obersten Generäle sich als mächtige Elite abschotten – stark mit der Gesellschaft verbunden. So sind in praktisch jeder ägyptischen Familie Mitglieder zu finden, die – entweder als Arbeitnehmer, Soldat oder Wehrpflichtiger – stark mit der Armee verbunden sind (Gotowicki 1999, 107-109).

Dieses große Firmengeflecht mit Hunderttausenden Beschäftigten und Umsätzen in Milliardenhöhe sowie die große Beliebtheit in der Bevölkerung machen die Armee zu einem sehr bedeutenden Wirtschaftsfaktor und gesellschaftlich einflussreichen Akteur, ohne dessen Kooperation politische Arbeit in Ägypten nicht möglich ist.

## 2.2. Die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011 und 2012

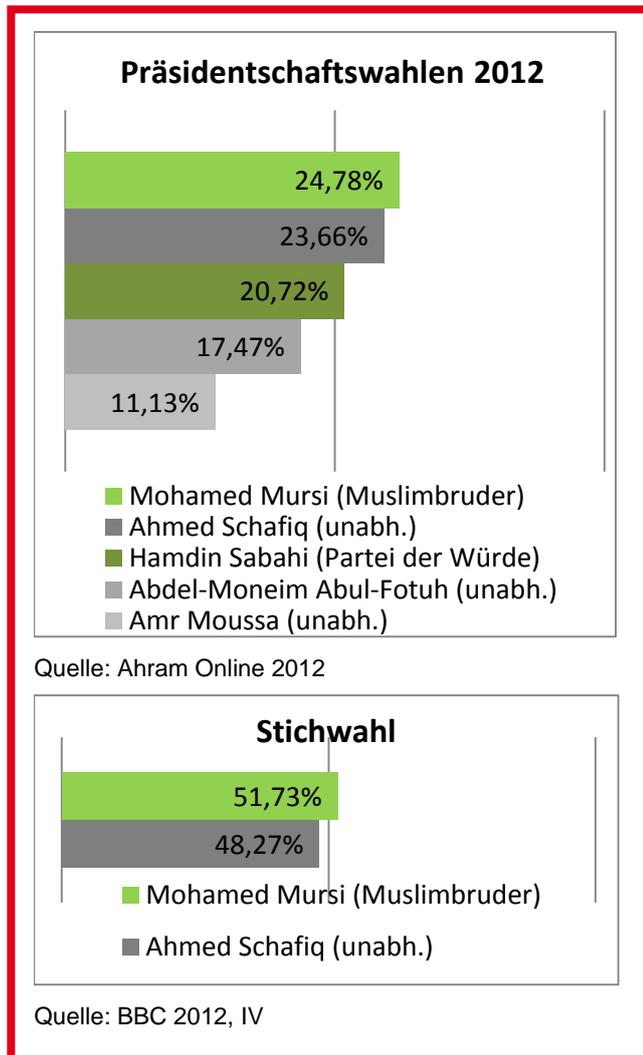
Innerhalb dieser Akteurskonstellation schaffte es der politische Islam in der Zeit nach der Revolution die Oberhand zu gewinnen. Bereits bei den ersten Parlamentswahlen 2011/2012 gewannen islamische Parteien mit Abstand die meisten Sitze. Alleine die beiden stärksten Parteien – die *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei* als politischer Arm der Muslimbruderschaft und die *Partei des Lichts* als Partei mit salafistisch-islamistischer Ausrichtung – gewannen zusammen 71,5 Prozent der Wählerstimmen. Dies entsprach nach dem ägyptischen Wahlrecht insgesamt 356 der 498 zu vergebenden Parlamentssitze, so dass gut zwei Drittel der Abgeordneten dem religiösen Lager zuzurechnen waren (BBC 2012, II). Die Wahlen wurden nach einem kombinierten Wahlrecht durchgeführt, wobei zwei Drittel der Sitze an Kandidaten von geschlossenen Parteilisten vergeben wurden, während das übrige Drittel direkt für parteilose Einzelkandidaten reserviert blieb. In einem ersten Entwurf war dabei auch klar festgelegt, dass Kandidaten, die zur Direktwahl antreten, weder vor noch nach der Wahl einer Partei angehören dürfen. Auf Druck von Parteien und politischen Gruppierungen wurde dies jedoch geändert und auch Parteiangehörige durften für diese Sitze antreten (El-Sheik).



Im Gegensatz zu den islamischen Parteien bewegt sich der Stimmenanteil der liberalen und säkularen Parteien sowie der politischen Revolutionsbündnisse in wesentlich niedrigeren Regionen. Wenn man die Stimmen der beiden wichtigsten neugegründeten Revolutions-Wahlbündnisse – der *Ägyptische Block* und das Bündnis *Die Revolution geht weiter* – zusammenzählt, kamen diese bei der ersten Parlamentswahl 2011/2012 auf gerade einmal 8,2 Prozent und 41 Sitze. Rechnet man die Ergebnisse der beiden schon länger existierenden liberalen *Neue Wafd-Partei* und der *Reform- und Entwicklungspartei* hinzu, kam die liberale Opposition auf insgesamt 17,6 Prozent der

Wählerstimmen und 88 Sitze im Parlament. Verglichen mit den 71,5 Prozent und den 356 Sitzen der beiden stärksten islamischen Parteien war ihre Rolle bei den Wahlen tatsächlich marginal und der Einfluss in der Politik entsprechend minimal (BBC 2012).

Auch bei der ersten freien Präsidentenwahl, deren erste Runde am 23. und 24. Mai 2012 stattfand, gewann mit Mohammed Mursi ein Kandidat der Muslimbruderschaft. Diesmal fiel das Ergebnis bei der Stichwahl am 16. und 17. Juni 2012 zwischen ihm und dem zweitplatzierten Kandidaten Ahmed Schafiq mit einer Mehrheit für Mursi wesentlich knapper aus. Proteste und Unruhen fanden auch während dieser Wahl statt; hauptsächlich wurde gegen das Ergebnis der ersten Wahlrunde demonstriert, da man befürchtete mit dem ehemaligen Luftwaffen-general und Mubarak-Minister Schafiq könnte das alte System wieder zurückkehren (Maher 2013). Ein liberaler Kandidat schaffte es erst gar nicht in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen.



Die Übermacht der islamischen Parteien in der politischen Landschaft blieb so vorerst bestehen, auch wenn der Ausgang der Präsidentschaftswahlen weniger deutlich war. In den wichtigen politisch richtungsweisenden Institutionen und Gremien wie der Regierung, dem Parlament oder der verfassungsgebenden Versammlung spielten die liberalen Kräfte nur eine sehr untergeordnete Rolle.

### **Die Präsidentschaftskandidaten 2012:**

**Mohammed Mursi:** Vor seiner Wahl war er Präsident der *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei*. Von Beruf Ingenieur, zog er bereits 2000 als Abgeordneter in das Parlament ein, wurde 2005 jedoch nicht wiedergewählt. Als Kandidat für seine Partei war er nur zweite Wahl nach Khairat el-Shater, der wegen einer früheren Inhaftierung von der Wahl ausgeschlossen wurde.

**Ahmed Schafiq:** Ein ehemaliger langjähriger Luftwaffengeneral und Mubaraks Minister für zivile Luftfahrt von 2002 bis 2011. Während Mubaraks letzten Versuchen, die Proteste zu unterdrücken, ernannte er Schafiq zum Premierminister. Schafiq galt wegen diesem Hintergrund vielen Ägyptern als Profiteur des alten Regimes und, wegen seiner langen Karriere in der Armee, als Wunschkandidat des Militärs.

**Hamdin Sabahi:** War lange Vorsitzender der nasseristischen *Partei der Würde*. Er war ein offen pro-demokratischer Ex-Abgeordneter, der über zwei Wahlperioden einen Sitz im Parlament hatte. Nahm an Anti-Mubarak-Protesten teil und war unter den Gründern der pro-demokratischen „Kefaya“-Bewegung. Er ist ein scharfer Kritiker des herrschenden Militärrates.

**Abdel-Moneim Abul-Fotuh:** Von Beruf Mediziner, zudem ein moderater islamischer Aktivist, Ex-Mitglied der Führungsriege der Muslimbruderschaft. Gegner der Regierungen von Sadat und Mubarak.

**Amr Moussa:** Er diente als Außenminister unter Mubarak von 1991 bis 2001. Danach war er Generalsekretär der Arabischen Liga bis 2011. Mehrfachäußerte er sich kritisch gegenüber Mubarak, unterstützte ihn aber durchgängig, bis er 2011 öffentlich an den Pro-Demokratie-Protesten teilnahm.

**Hazem Abu Ismail:** War der Kandidat der Salafisten. Er wurde aus formalen Gründen ausgeschlossen, da seine Mutter die US-Staatsbürgerschaft besaß, was gegen das ägyptischen Wahlrecht verstößt (El Difraoui 2012, 4).

Quelle für Informationen bezüglich der vorgestellten Kandidaten: Al Jazeera 2012

### **2.3. Der Aufschwung des politischen Islam nach der Revolution**

Aufgrund dieser klaren Wahlsiege stellt sich die Frage, wie die während der Aufstände sehr zurückhaltenden und eher unauffälligen islamischen Gruppen in der Zeit nach Mubarak so erstarkten, dass sie die politische Initiative erringen und die Liberalen zurück in die Opposition verweisen konnten. Mögliche Erklärungsansätze lassen sich in strukturelle sowie situative Faktoren unterteilen. Ein erster, eher allgemeiner struktureller Ansatz verweist auf die Tatsache, dass es sich bei der ägyptischen Gesellschaft um die mit dem weltweit größten Anteil an Menschen handelt, der sich selbst als religiös oder gläubig bezeichnet. So besitzen religiöse Bewegungen und Parteien schon von Grund auf ein enormes Mitglieder- und Wählerpotential (Dege 2011, 93). Unter diesen religiösen Gruppen war die Muslimbruderschaft auch schon vor dem Sturz Mubaraks traditionell die gesellschaftlich und politisch stärkste Bewegung, aber von der starken Gläubigkeit profitierte sie – genau wie die Salafisten – bei den Wahlen zusätzlich. Ein weiterer sehr wichtiger Aspekt ist, dass die Muslimbruderschaft – anders als die Jugendgruppen – bereits seit Jahrzehnten eine der Hauptoppositionsgruppen gegen das ehemalige Mubarak-Regime war. Zudem ist sie traditionell sehr stark in sozialen Diensten involviert und erfüllt in vielen Bereichen die Wohlfahrtsaufgaben, die der Staat – aus Ignoranz der Probleme oder einfacher Budgetknappheit – nicht wahrnimmt (Sharp 2013, 2). Dazu gehört alles - von schneller Hilfe in Notfällen bis hin zu dem Betreiben ganzer Schulen oder Krankenhäuser. All diese Faktoren verleihen der Bewegung eine beispiellose Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung (Farag 2009).

Ein nicht zu vernachlässigender Faktor, der es den Muslimbrüdern ermöglichte sich schnell auf die neue Situation einzustellen, ist der vergleichsweise sehr hohe Organisationsgrad in Verbindung mit einer stark ausgeprägten Mitgliederdisziplin (Sharp 2013, 2). Es handelt sich um eine der größten und einflussreichsten islamischen Bewegungen im Nahen Osten mit Ablegern in weiteren Ländern der Region. Intern handelt es sich um eine, verglichen mit politischen Parteien, wesentlich geschlossenere Gemeinschaft mit sehr genauen Regeln und einer klaren ideologischen Ausrichtung. Hauptfaktor für den inneren Grundzusammenhalt ist der komplizierte Aufnahmeprozess für neue Mitglieder. So werden potentielle Neumitglieder – beispielsweise Studenten oder Jugendliche, die durch besondere Frömmigkeit auffallen – bevorzugt in jungem Alter gezielt angesprochen und geworben. Der Prozess, um ein vollwertiges Mitglied zu werden, ist dann sehr langwierig und komplex und kann um die fünf bis acht Jahre dauern (Trager 2011, 115-116). Die vergleichsweise klare Ideologie ermöglichte jedoch auch Sympathisanten und Nicht-Mitgliedern eine einfache Identifikation und Orientierung in den teils chaotischen Zuständen der Zeit nach Mubaraks Sturz. Mit ihrer langen Tradition und weiten Verbreitung ist die Bruderschaft

äußerst mitgliederstark und verfügt über ein außergewöhnlich großes und starkes Netzwerk von engagierten Unterstützern, an das keine andere der oft erst vor kurzem neugegründeten Parteien auch nur annähernd heranreichen konnte. Daher besaß die Organisation in Ägypten die einmalige Fähigkeit, angesichts der recht frühen Wahltermine ihre zahlreichen Anhänger schnell und effektiv zu mobilisieren, während viele andere Parteien sich noch in der internen Organisationsphase befanden.

Trotz einer stark selektiven und sorgfältigen Rekrutierung sowie einer klaren Grundideologie ist die Muslimbruderschaft jedoch kein homogener Akteur, sondern besitzt auch intern eine Vielzahl verschiedener politischer und ideologischer Strömungen, deren genaue Ausrichtung und Stärke allerdings von außen schwer einschätzbar sind. Sicher ist nur, dass unter den Mitgliedern und Sympathisanten die Bandbreite von strikten Hardlinern, die auch teils der Gewalt noch nicht komplett abgeschworen haben, über moderat-islamisch Gesinnte bis hin zu Sympathisanten, die vor allem von der starken Wohlfahrtsarbeit überzeugt sind, reicht. Die Bruderschaft hat zudem mit einem ausgeprägten Generationenkonflikt zu kämpfen: Viele Mitglieder der älteren Garde hängen noch der ursprünglichen Ideologie al-Bannas an, die mit Säkularismus und Parteienpluralität unvereinbar ist, während gerade die jüngeren aufstrebenden Mitglieder oft wesentlich realpolitischer und ideologisch flexibler ausgerichtet sind und mehr Anpassung an die modernen Umstände fordern (Schlumberger 2013, 25-27).

Als situativer Erklärungsfaktor lässt sich ein im allgemeinen strategisch sehr effizientes Verhalten auf Seiten der islamischen Gruppen feststellen: Während der Revolution hielten sie sich im Hintergrund und waren eher zögerliche Unterstützer aus der zweiten Reihe, aber in der Zeit der politischen Orientierungslosigkeit nach der Revolution nutzten sie das Momentum, um als Einzige eine Vision für ein zukünftiges Ägypten anzubieten (Trager 2011, 114-121).

Ähnliches gilt für die Salafisten und ihre *Partei des Lichts*, mit deren ebenfalls sehr starkem Abschneiden wenige Beobachter gerechnet hatten. Auch ihnen verhalfen die starke Religiosität der ägyptischen Gesellschaft und ihr Engagement bei der Wohltätigkeitsarbeit zu großer Sympathie. Zudem traf ihr Hauptwahlversprechen – die Armut im Land dauerhaft zu bekämpfen – den Nerv der Bevölkerung. Da viele Muslimbrüder bereits früher – offiziell als unabhängige Kandidaten toleriert und eingebunden – Parlamentsabgeordnete unter Mubarak waren, gelang es den Salafisten zusätzlich, die Bruderschaft bei vielen religiös wählenden Ägyptern mit dem kompromittierten Mubarak-Regime in Verbindung zu bringen und sich selbst als saubere Wahlalternative darzustellen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Organisation der Salafisten weitaus weniger hierarchisch gegliedert und reglementiert

ist als die Struktur der Bruderschaft. Auf diese Weise hatten auch jüngere aufstrebende islamische Aktivisten eine Chance Kandidaten zu werden (El Difraoui 2012, 2).

Beide islamischen Lager schafften es darüber hinaus, die demokratischen Wahlen zu einer Art öffentlichem Bekenntnis der Wähler zu stilisieren. Sie suggerierten ihnen, es gehe bei der Wahl darum, sich als aufrechter Muslim oder als Atheist zu bekennen. Dies erwies sich als eine Taktik, die in der tief religiösen Gesellschaft schnell Früchte trug (Hasanen 2013, 143). Es sind also gleich mehrere Faktoren – strukturelle wie situative – die die politische Stärke der islamischen Fraktionen in der Nachrevolutionszeit ausmachen.

## **2.4. Marginalisierung der liberalen und säkularen Kräfte der Revolution**

Zeitgleich zum Aufstieg der islamischen Gruppen war ein Einfluss der liberalen und modernen Kräfte – vor allem der der Jugendkoalitionen, die eine so wichtige Rolle während des Umsturzes spielten – kaum noch vorhanden. In der politischen Landschaft nach Mubarak und aufgrund der schlechten Ergebnisse bei den Parlamentswahlen spielten die liberalen Gruppierungen in den wichtigen politisch richtungsweisenden Institutionen und Gremien wie der Regierung, dem Parlament oder der verfassungsgebenden Versammlung nur eine sehr untergeordnete Rolle.. Doch wie konnte es passieren, dass die so aktiven und richtungsweisenden jungen Protestler plötzlich bei der von ihnen so hart erkämpften Neugestaltung Ägyptens außen vor blieben und dass die liberalen und säkularen Kräfte politisch so wenig Einfluss gewinnen konnten?

Die Wahlergebnisse wiesen jedoch bereits auf einen möglichen Grund für die Marginalisierung der jungen liberalen Träger der Revolution hin. Ihre Ansichten und Botschaften könnten vor allem eine vergleichsweise kleine Gruppe von politisch gebildeten und im Internet aktiven urban lebenden Ägyptern ansprechen. Zwar lässt sich eine wirkliche Kluft im Wahlverhalten zwischen der Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land aus Datenmangel nicht nachweisen (Martini 2013, 12). Dennoch legt die Betrachtung der Parlamentswahlergebnisse nahe, dass säkulare und liberale Tendenzen vor allem unter Menschen in urbanen Gebieten und dort besonders unter jüngeren Ägyptern verbreitet sind. Diese Ideen scheinen die Bevölkerung auf dem Land aber weniger zu erreichen, stattdessen verfügen dort die Muslimbrüder und Salafisten über starke Organisationen (Trager 2011, 114).

Auch wenn die *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei* der Muslimbruderschaft zusammen mit der *Partei des Lichts* der Salafisten in allen Gouvernements mindestens 50

Prozent der Parlamentssitze gewinnen konnte, so waren sie speziell in den traditional geprägten und nur spärlich besiedelten äußeren westlichen Regionen sowie in Oberägypten erfolgreich, während sie in den dicht besiedelten urbanen Gouvernements wie Kairo oder Port Said und deren Ausläufern weit weniger übermächtig waren (Martini 2013, 6 und 12). Speziell in Kairo konnten die Revolutions-Wahlbündnisse wie auch die *Neue Wafd-Partei* mehr als nur einen Achtungserfolg einfahren und vergleichsweise starke Ergebnisse vorweisen (Al Jazeera 2012, II). Diese Beobachtungen sind jedoch zu spekulativ und nicht ausreichend durch demographische Daten belegt, um als stichhaltige Beweise für einen Stadt-Land-Unterschied zu gelten. Es ist anzunehmen, dass auch andere Faktoren – zum Beispiel Befürchtungen bezüglich der Auswirkungen einer islamischen Regierung auf den Tourismus – Einfluss auf das Wahlverhalten hatten (Martini 2013, 6). Dennoch lässt der Fakt, dass die Revolutionsbündnisse ausschließlich in Kairo eine ernsthafte Konkurrenz für den politischen Islam waren, vermuten, dass das Gros der stark muslimisch geprägten Gesellschaft Ägyptens somit nicht empfänglich für säkulare Vorstellungen von Demokratie und Freiheit war und daher islamische Kräfte es wesentlich einfacher haben die Masse der Bevölkerung anzusprechen.

Neben der Schwierigkeit der gesellschaftlichen Akzeptanz und Unterstützung ihrer Vorstellungen behinderten auch interne Probleme die politische Entwicklung der liberalen Jugendbewegungen. Die während des Umsturzes führenden Gruppen zeichneten sich durch eine starke Pluralität mit großen ideologischen Unterschieden aus. Während es allgemein als große Stärke der ägyptischen Revolutionsbewegung angesehen wurde, dass es über politische Meinungsverschiedenheiten hinweg alle an den Protesten beteiligten Gruppen schafften, sich für das gemeinsame Ziel Mubarak zu stürzen, zu vereinen und zusammen zu demonstrieren, offenbarten sich nun die Schattenseiten dieser Konstellation. Es herrschte keine Einigkeit und Geschlossenheit in den Jugendbewegungen, da kein gemeinsamer verbindender Nenner außer dem Kampf gegen Autokratie und für Demokratie existierte. Es gab keine national akzeptierte Führungsfigur der Bewegung, keine gemeinsame politische Ideologie und auch keine größere oder dominierende politische Partei, unter deren Schirm sich die liberalen Jugendlichen hätten zusammenfinden können, um koordiniert politischen Einfluss auszuüben. Die Jugendbewegungen sind also untereinander stark gespalten und haben für sich einzeln schlicht keine Chance sich Gehör zu verschaffen (Hasanen 2013, 143).

So waren durch die unterschiedlichen politischen Ausrichtungen und Ansichten die Träger der Revolutionsbewegung nun in fast ein Dutzend verschiedene, kaum unterscheidbare Parteien aufgeteilt. Sie waren meist viel zu neu und konturlos, um unter den Wählern überhaupt bekannt zu werden (Trager 2011, 114). Statt gemeinsam ihre Forderungen und Positionen deutlich und hörbar zu machen, herrschte Zerstrittenheit

und mangelnde Aktivität. Die Parteien beschäftigten sich noch viel mit sich selbst und hingen in Debatten über ihre Pläne und Vorschläge für ein Zukunftskonzept fest. So waren sie auch während der ersten Parlamentswahlen mit Protesten und Streiks gegen Polizei und Militärrat beschäftigt, ohne selbst auffallend politisch zu partizipieren. Einerseits wurden die Jugendgruppen also Opfer ihrer strukturellen Schwächen, andererseits überließen sie auch durch politische Inaktivität, Uneinigkeit und mangelnde Koordinationsfähigkeit dem politischen Islam ohne großen politischen Widerstand die Bühne (Hasanen 2013, 143).

### 3. Reaktion auf Aufstieg und Dominanz des politischen Islam

Nachdem Mohammed Mursi als Kandidat der *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei* der Muslimbruderschaft Ende Juni 2012 als neuer gewählter Präsident Ägyptens vereidigt worden war, fiel er schnell durch eine Reihe sehr kontroverser Dekrete auf. Diese führten wieder zu Protesten, bei denen von den Demonstranten – unter ihnen wieder viele liberale Jugendliche – die Erfüllung der ursprünglichen Forderungen, die sie während der Proteste gegen Mubarak vertreten hatten, angemahnt wurde. Dabei kam es auch vermehrt zu Zusammenstößen mit Muslimbrüdern und die Spaltung der ägyptischen Gesellschaft wurde auch bei den andauernden Protesten wieder sehr deutlich: So protestierten während der Präsidentschaft Mursis sowohl Unterstützer als auch Gegner seiner Regierung, was immer wieder in gewalttätige Auseinandersetzungen mündete.

Dabei stellte Mursi seine Regierung keinesfalls als eine völlig einseitig religiös-islamische zusammen. Allerdings war gerade auf Seiten der Liberalen die Hoffnung groß, dass er die verschiedenen politischen Strömungen wesentlich breitgefächerter mit einbeziehen würde als dies der Fall war. Immerhin mindestens vier Minister standen in Verbindung zu den Muslimbrüdern. Ansonsten handelte es sich um ein eher technokratisches und wenig fortschrittlich geprägtes Kabinett mit einer Vielzahl parteipolitisch unabhängiger Minister. Mursi berief nur zwei Frauen – eine von ihnen die einzige christliche Koptin der Regierung – und keine einzige prominente Person der Jugendbewegungen, die immerhin einer der wichtigsten Träger der

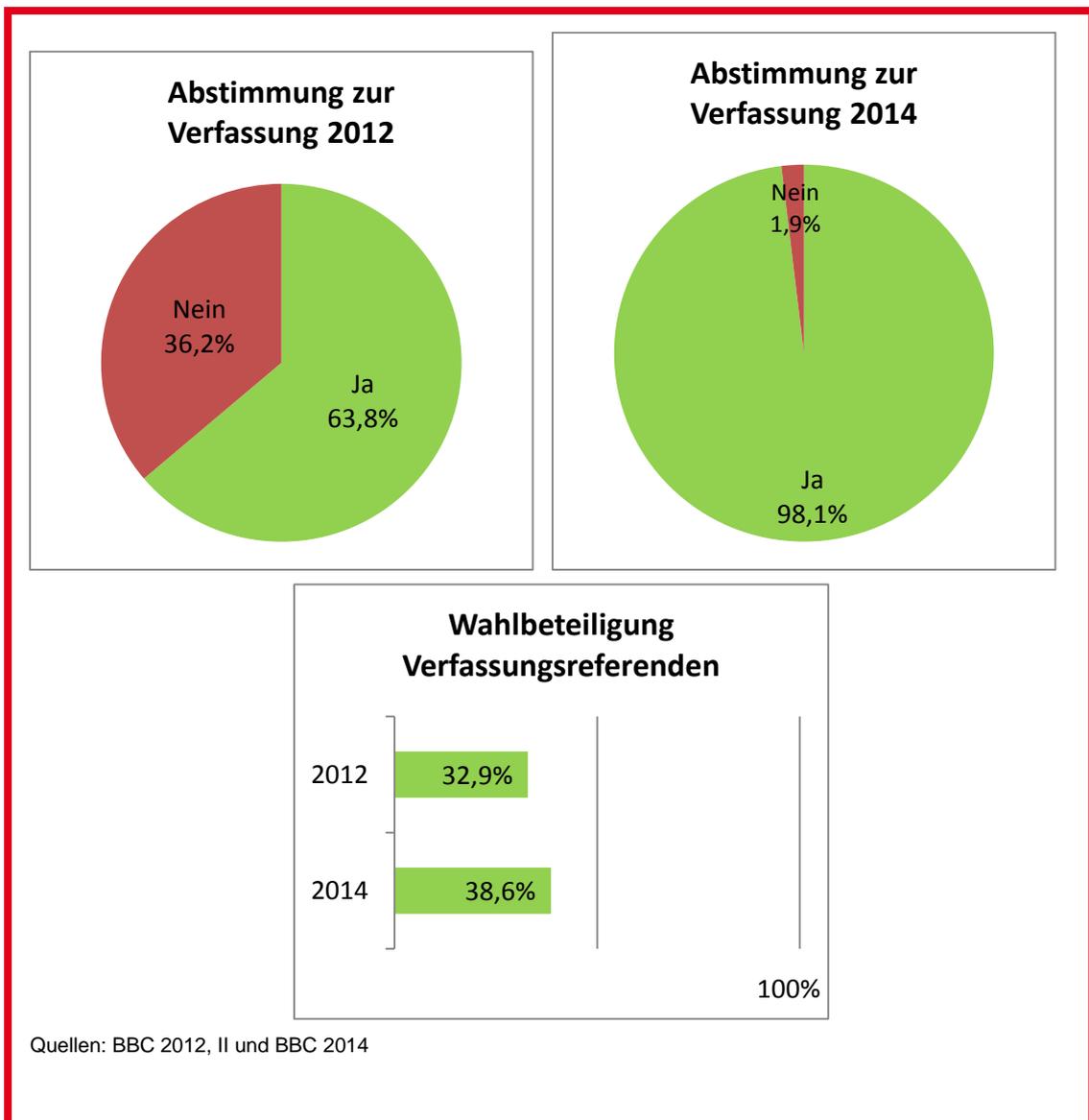


Proteste waren. Allerdings berief er zwei Minister, die bereits vor dem Umsturz für Veränderungen standen – am prominentesten der Justizminister Ahmed Mekki, der unter Mubarak für richterliche Unabhängigkeit eingetreten war. Sieben der neuen Mursi-Minister waren bereits Teil des letzten Mubarak-Kabinetts unter Premierminister Ganzouri, die meisten sind aber eher als Technokraten denn als Teil der alten abgesetzten Elite einzuschätzen, da sie ihren Posten erst kurz vor Mubaraks Rücktritt bei einer Regierungsumbildung zur Beruhigung der Demonstrationen bekamen. Das Verteidigungsministerium blieb auch unter Mursi – trotz Austausch des Ministers später – fest in der Hand des Militärs. Insgesamt war in der Zusammensetzung von Mursis Regierung mehr Kontinuität erkennbar als ein Wille zur Veränderung und zu Vielfalt (Sirgany 2012). Als zweitstärkste Kraft wurden auch die Salafisten stark eingebunden. Trotz einigen Unterschieden in Ideologie waren sie im Parteienspektrum der Bruderschaft weltanschaulich noch am nächsten und stärkten so den Einfluss des politischen Islam. Sie spielten beispielsweise eine wichtige Rolle in der verfassungsgebenden Versammlung und einige von ihnen dienten Präsident Mursi als Berater (El Difraoui 2012, 1).

Bereits früh nach seiner Wahl stellte sich Mursi sehr bestimmt dem übermächtigen Militär entgegen. Schon während der Präsidentschaftswahl hatte das Militär angesichts der Aussicht, dass ein Muslimbruder diese gewinnen könnte, die eigene Macht zu konsolidieren versucht. Der *SCAF* erließ ein Verfassungsdekret, das dem Militär große Macht sicherte und die des Präsidenten sehr stark einschränkte. So wurde dem Militär die komplette Kontrolle über das eigene Budget zugesichert und festgelegt, dass der Präsident einen Einsatz des Militärs nur mit Einverständnis der Generäle anordnen kann. Darüber hinaus wurden die Generäle mit einer Vetomacht für die verfassungsgebende Versammlung ausgestattet und sie bekamen die legislative Macht bis zur Wahl eines neuen Parlaments, nachdem das alte erst Tage zuvor vom Verfassungsgericht aufgrund formaler Fehler im Wahlrecht aufgelöst worden war (Londoño, Fadel 2012). Gegen diese Machteinschränkungen ging Mursi direkt nach seiner Wahl sehr rasch und – angesichts der Popularität und der immensen Macht des Militärs – durchaus kühn vor: Er hob das Verfassungsdekret mit seinen Regelungen auf und entließ mit dem Verteidigungsminister und Vorsitzenden des *SCAF* Mohammed Hussein Tantawi und seinem Stellvertreter Sami Anan die zwei hochrangigsten Militärs. Ersterer wurde von Mursi durch General Abdel Fattah al-Sisi, der von nun an Tantawis Funktionen übernahm, ersetzt (Londoño 2012).

Statt sich auf einen ausgewachsenen Machtkampf einzulassen, arrangierten sich Militär und die islamischen Parteien unter Mursi jedoch recht schnell. Es handelte sich dabei allerdings eher um eine strategische Allianz, die angesichts der großen wirtschaftlichen Probleme und der andauernden Unruhen für beide Seiten sinnvoll

schien. So brauchten Mursi und seine Regierung das Militär, um die Kontrolle über die Sicherheitslage zu behalten. Dabei hielten sie das Militär für verlässlicher und im Volk akzeptierter als das Innenministerium und die ägyptische Polizei – schließlich waren diese für die jahrzehntelange Verfolgung der Muslimbrüder und die brutalen Gegenmaßnahmen während der Proteste verantwortlich. Andererseits hatte das Militär ein Interesse daran, wieder mehr in den Hintergrund zu treten und sich aus der aktiven Politik herauszuhalten, da ihm die turbulente und von gewalttätigen Zusammenstößen gekennzeichnete Übergangsphase direkt nach dem Abtreten Mubaraks viele Sympathien und viel Ansehen gekostet hatte (Fleishman 2012).



Streit entzündete sich jedoch im Dezember 2012 an der Entscheidung zur neuen Verfassung. Auf der einen Seite demonstrierten Unterstützer der Muslimbrüder für die Einführung des islamischen Rechts, wie sie der Entwurf vorsah, während auf der

anderen Seite eine Verschiebung der Abstimmung gefordert wurde bis ein „nationaler Konsens“ gefunden sei (Maher 2013). Dieser sei in dem Entwurf nicht zu erkennen, so die Kritiker; vielmehr sei er überwiegend religiös-islamisch geprägt. Und tatsächlich war der Einfluss der salafistischen Islamisten recht deutlich bei einigen Artikeln, die die Inklusion des Islam betrafen. Beispielhaft kann hier Artikel 2 der Verfassung genannt werden. Dieser definiert die Rolle der *Sharia* und besagte in der Verfassung von 1972, dass die „Prinzipien der islamischen Sharia“ die Hauptquelle der Gesetzgebung bilden. In der neuen Verfassung wurde das Wort „Prinzipien“ gestrichen, um so weniger Spielraum und Freiheiten für Interpretation zu lassen (Frefel 2012).

Dieser Verfassungsentwurf wurde in zwei Wahlrunden zwar mit einer Mehrheit von 63,8 Prozent angenommen, allerdings lag die Wahlbeteiligung gerade einmal bei circa 32,9 Prozent – ein Makel, der die allgemeine Akzeptanz der Verfassung doch deutlich in Frage stellte (BBC 2012). Zudem war diese Wahlbeteiligung auch ein deutlicher Rückschritt zur ersten Parlamentswahl, bei der 54 Prozent der Wahlberechtigten abgestimmt hatten (Al Jazeera 2012, III). Ein Abwärtstrend in der Beteiligung war bereits bei der Präsidentenwahl zu erkennen, bei der in der ersten Runde 46 Prozent und in der zweiten Runde 52 Prozent der Wähler an die Urne gingen (Ahram Online 2012; BBC 2012 III).

#### *Stolperstein Verfassungsgericht*

Ein weiterer Machtkampf entbrannte zwischen der islamischen Regierung und dem ägyptischen Verfassungsgericht, das mehrfach einflussreiche und weitreichende Entscheidungen gegen Mursi traf. Bereits im Sommer 2012 hatte es das erst im Dezember 2011 und Januar 2012 neu gewählte Parlament wegen formaler Fehler im Wahlrecht aufgelöst. Wie bereits zuvor diskutiert, waren bei der Wahl ein Drittel der Parlamentssitze für parteilose Kandidaten reserviert, diese auf Druck der Parteien aber auch für parteiangehörige Kandidaten geöffnet worden. An genau dieser Regelung nahm das Gericht Anstoß und erklärte sie als Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichstellung für verfassungswidrig (Süddeutsche.de 2012).

Gegen diese Entscheidung setzte sich Mursi umgehend zur Wehr. Nach der Auflösung des Parlaments wurde diese Entscheidung von ihm per Dekret rückgängig gemacht und er forderte die Abhaltung weiterer Sitzungen ein. Diese wurden von liberalen Abgeordneten boykottiert und kurze Zeit später hob das Verfassungsgericht Mursis Dekret wieder auf (Kindelberger 2012, 12-13).

Um zumindest seine Entscheidungen vor weiteren Eingriffen der Justiz zu schützen, erließ Mursi im November 2012 ein weiteres hochkontroverses Dekret, nach dem keine seiner Verfügungen von einem Gericht oder von anderen Behörden angefochten werden durften. Es folgten wieder Proteste der Oppositionsparteien mit

weiteren gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Anhängern und Kritikern Mursis. Einige Richter traten in den Streik (Maher 2013). Sie alle sahen in diesem und ähnlichen Dekreten ihre Befürchtung bestätigt, dass die Muslimbrüder eine Demokratie errichten wollten, die in den Augen der Opposition zutiefst unfrei und anti-liberal gewesen wäre (Masoud 2011, 121). Sie warfen Präsident Mursi vor, bereits zu diesem Zeitpunkt eine stark autoritäre Tendenz in seiner Politik zu zeigen und brandmarkten die Erklärung als geradezu „diktatorisch“ (Maher 2013).

Im Juni 2013 folgten zwei weitere Verfügungen von großer Tragweite. Zum einen sprach das Gericht dem Schura-Rat die Legitimität ab (Zeit 2013, II). Der Rat ist eine Art zweite Kammer des Parlaments, die – ähnlich dem britischen Oberhaus – als beratende Versammlung tätig ist. Die Kammer besteht aus 264 Mitgliedern, die auf jeweils sechs Jahre eingesetzt werden. Dabei werden zwei Drittel der Mitglieder per Wahl bestimmt und ein Drittel durch den Präsidenten berufen (Egypt State Information Service). Der Schura-Rat war im Januar und Februar 2012 kurz nach dem Parlament neu gewählt worden und seitdem ebenfalls stark islamisch dominiert, da die Partei der Muslimbrüder 45 Prozent und die Salafisten 28,6 Prozent der Stimmen gewannen (Fischer Weltalmanach 2012). Grund für die Auflösung durch das Verfassungsgericht war auch in diesem Fall das Wahlrecht, mit dem der Rat gewählt worden war, da dieses nicht verfassungsgemäß gewesen sei. Theoretisch hatte der Rat, der mangels gewählten Parlaments allein die gesetzgebende Funktion ausübte, so auch keine Vollmacht zum Erlassen von Gesetzen mehr (Zeit 2013, II). Nach der Entscheidung erklärte Mursi offiziell, der Schura-Rat würde bis zur Wahl eines neuen Parlaments und trotz seiner gerichtlich festgestellten Illegimität weiterhin stellvertretend als legislative Kammer Gesetze erlassen. Um kein völliges Machtvakuum zu kreieren, ließ sich das Verfassungsgericht darauf ein und setzte die Auflösung bis zur Wahl eines neuen Parlaments aus (Zeit 2013, II).

Zum anderen wurde vom Verfassungsgericht im Juni 2013 auch die Verfassungsgebende Versammlung, die in ihrer bereits zweiten Inkarnation im Winter 2012 die so umstrittene neue Verfassung erarbeitet hatte, für ungültig erklärt. Dies geschah erst Monate später, nachdem die erarbeitete Verfassung bereits durch das Referendum im Dezember 2012 längst in Kraft getreten war. Zusammen mit den weiteren Urteilen ließ dies die juristische Lage bezüglich des politischen Systems in Ägypten immer unübersichtlicher werden. Ursprünglich war die Versammlung zusammengerufen worden, um eine neue Verfassung als Grundlage für ein politisches System für ein Ägypten nach Mubarak auszuarbeiten. Diese sollte die vorläufige Verfassungserklärung des *SCAF* ersetzen. Die Versammlung bestand aus 100 Mitgliedern, die durch das Parlament inklusive Schura-Rat gewählt und aufgestellt wurden. Die erste Inkarnation der Versammlung wurde von den regierenden

Muslimbrüdern und den Salafisten dominiert, woraufhin sich viele der nicht politisch-islamischen Mitglieder unter Protest aus dem Gremium zurückzogen. Kurze Zeit später wurde die Arbeit der Versammlung im April 2012 per Gerichtsentscheid ausgesetzt (Ottaway 2012). Ein Grund für die Entscheidung war, dass die Zusammensetzung nicht repräsentativ für das ägyptische Volk sei (Fahmy 2012). Um dieses Problem zu beheben, wurde daraufhin für die Neuauflage der Versammlung vereinbart, dass nun auch führende Mitglieder des Militärs, der Polizei, der Justiz und der Gewerkschaften und auch der muslimischen und christlich-koptischen Religionsgemeinschaften teilnehmen sollten (BBC 2012). Wichtigeres Hauptargument für die Gerichtsentscheidung gegen die erste Versammlung war allerdings, dass die Parlamentsmitglieder aus ihren eigenen Reihen Abgeordnete in die Versammlung entsandt hatten, sich also so gesehen selbst in die Funktion der Verfassungsautoren wählten (Brown 2013, 16). Da dies bei der zweiten Auflage wieder der Fall war, wurde diese im Nachhinein im Juni 2013 ebenfalls vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt.

Ob das Verfassungsgericht bei diesen Entscheidungen, die wiederholt gegen die Muslimbrüder und Mursis Politik ausfielen, aus politischen Motiven handelte oder nicht, ist von außen nur sehr schwer zu beurteilen. Zum einen können die Urteile durchaus formal nachvollzogen werden, andererseits kann die Häufung der Entscheidungen, die die Mursi-Regierung in der Verfolgung ihrer Politik stark behinderten, auch durchaus als Blockadehaltung interpretiert werden. Zu diesen sehr unterschiedlichen Einschätzungen kommen auch andere Beobachter: So wird einerseits häufig darauf hingewiesen, dass die meisten Richter noch unter Mubarak eingesetzt worden waren und den islamischen Gruppen sehr skeptisch gegenüberstünden. Als ‚Überlebende‘ des alten Systems sei es ihnen durchaus recht gewesen, mit ihrem Einfluss die zunehmende Machtausdehnung der Muslimbrüder behindern zu können (Hubbard 2013). Andererseits wird auch argumentiert, dass in einer Phase von so fundamentalen Umwälzungen Gerichtsentscheidungen automatisch eine politische Dimension annehmen würden und somit auch konkrete politische Auswirkungen hätten. In einer Zeit des Aufbaus einer neuen politischen Ordnung sei es besonders wichtig auf die verfassungstechnische Rechtmäßigkeit zu achten und somit sei auch eine erhöhte Aktivität des Gerichtes nicht ungewöhnlich (Al-Ali 2013).

Es sollte dennoch erwähnt werden, dass das Verfassungsgericht nicht auf Eigeninitiative handeln kann. Seine Aufgabe ist es die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, Verordnungen und Dekreten zu überprüfen und muss dafür angerufen werden. Dies kann der Gesetzesgeber vor der Verabschiedung eines Gesetzes tun, um sich im Vorfeld die Verfassungsmäßigkeit versichern zu lassen, oder es kann im Nachhinein durch eine Klage geschehen (Brown 2013 II). Beide Fälle sind bereits mehrfach eingetreten, so zum Beispiel bei dem Versuch der Legislative unter Mursi

Anfang 2013 ein verfassungsgemäßes Wahlrecht zu erarbeiten (Daily News Egypt). Bei den angesprochenen Entscheidungen zum Parlament im Juni 2012 und dem Schura-Rat sowie der Verfassungsgebenden Versammlung im Juni 2013 wurde das Verfassungsgericht im Nachhinein aktiv, indem die Fälle von niedrigeren Gerichten weitergereicht wurden (Brown 2013, 7, 15-16).

Aufgrund der politischen wie rechtlichen Kompetenzstreitigkeiten und der chaotischen Rechtslage, die selbst für Experten kaum zu entwirren ist, bleibt es weiterhin schwer einzuschätzen, in welchem Ausmaß die Untersuchungen und Urteile als politisch motiviert einzuschätzen sind. Festzustellen ist allerdings, dass auch auf der rechtlichen Ebene fortwährend um die politische Vorherrschaft in Ägypten gerungen wurde.

## 4. Weitere Entwicklung im Jahr 2013

Neben den diversen Entscheidungen des Verfassungsgerichts gab es im Laufe des Jahres 2013 auch weitere Entwicklungen, die keine Verbesserung hinsichtlich der politischen Spannungen erkennen ließen. So versuchte die Mursi-Regierung weiter ihre Macht auszubauen, während die Konfliktlinien sich eher noch zu verschärfen schienen. Im Disput mit den Liberalen sah sich Mursi weiter dem Vorwurf ausgesetzt antidemokratische und autoritäre Entwicklungen voranzutreiben. Die Neubesetzung von 17 Gouverneurspositionen im Juni 2013 wurde ebenfalls als ein weiterer Schritt zur Festigung einer allumfassenden Machtposition angesehen. Eigentlich war der Austausch nicht ungewöhnlich, da die Regierungsbezirke bereits unter dem SCAF mehrere Neubesetzungen erlebten (Egypt Independent 2012). Nach Mursis Ernennungen im Juni 2013 wurden jedoch insgesamt bereits 13 der 27 Gouverneursämter in Ägypten von Muslimbrüdern kontrolliert, was unter Liberalen und Säkularen die Befürchtung schürte, Mursi würde eine Vorherrschaft in den nationalen Institutionen anstreben (Egypt Independent 2013, III). Unter den neuen Gouverneuren befand sich zudem ein früheres Mitglied der radikal-islamistischen Gruppe *Al-Jama'a al-Islamiya*, was für zusätzlichen Zündstoff sorgte (BBC 2013, III).

Aber auch innerhalb der Regierung führte Mursis Politik zu Unstimmigkeiten, die wiederholt in Rücktritten von Ministern endeten. So traten aus Protest gegen die zunehmende Gewalt der Polizei gegenüber den fortwährend sich der Regierung entgegenstellenden Demonstranten (Egypt Independent 2013) oder wegen der kontroversen Ernennung des ehemaligen *Al-Jama'a al-Islamiya*-Mitglieds zum Gouverneur mehrere Minister zurück (Alabass 2013).

Die Konflikte zwischen den politischen Akteuren und den verschiedenen politischen Gruppen währten somit auf allen Ebenen fort, ohne dass eine Möglichkeit zur Entspannung oder gar Einigung in Sicht kam. Leidtragend war die ägyptische Bevölkerung, da die wirklich dringlichen Probleme liegen blieben. Die Arbeitslosigkeit und die Lebenshaltungskosten stiegen. Es entstanden so gut wie keine neuen Jobs und Geschäfte sowie Unternehmen mussten schließen (BBC 2013, II).

Die bereits unter Mubarak herrschenden ökonomischen Probleme und Ungerechtigkeiten bestanden fort und wuchsen nach dem Umsturz und unter der ersten gewählten Regierung zu einer bedrohlichen Wirtschaftskrise an. Diese entstand vornehmlich aus der politischen Krise und der extrem schlechten Sicherheitslage mit täglichen Zusammenstößen und gewalttätigen Auseinandersetzungen, die zu einer massiven Kapitalflucht, dem Ausbleiben von internationalen Investitionen und somit der Schädigung ägyptischer Unternehmen – vor allem durch weniger Touristen und ein schlechtes Wirtschafts- und Investitionsklima – führten. Die Folge war ein enormer

Wertverfall des ägyptischen Pfunds, den die ägyptische Zentralbank mit aller Macht zu verhindern versuchte. Diese Politik führte zu einem dramatischen Schwinden der staatlichen Devisenreserven, die von 37 Milliarden US-Dollar vor dem Umsturz auf 13,5 Milliarden im März 2013 schrumpften. Der ägyptische Staat verlor so immer mehr Geld und geriet in immer größere Pleitegefahr, während sich das Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig hoher Inflation im freien Fall befand (Singh 2013). Letztendlich ging es so einem großen Teil der Bevölkerung wirtschaftlich trotz der Absetzung Mubaraks und demokratisch gewählter Regierung noch schlechter als im alten System.

Ägypten ist in dieser Situation somit noch stärker als in der Zeit von Mubarak von Auslandszahlungen abhängig, um einen Staatsbankrott zu verhindern. Diese erhielt es vor allem von der EU, aus den USA – vornehmlich für die Finanzierung und Entwicklung des Militärs – , von verschiedenen Golfstaaten wie Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-Arabien sowie aus verschiedenen internationalen und regionalen Förderungsfonds. Nach dem Umsturz versprachen viele dieser Staaten zusätzliche Hilfe, um die Übergangsphase und die Konsolidierung der Demokratie zu unterstützen (Elagati 2013, 12-13). Allerdings wurden durch die fortwährende Gewalt und die starken Unsicherheiten unter Mursi diese Gelder wenig genutzt und kaum Projekte oder Initiativen angestoßen, die die Wirtschaftslage hätten verbessern können (Zeit 2013, IV).

Nicht förderlich für die Außenbeziehungen war auch der Umgang mit ausländischen Organisationen. Die Mursi-Administration ging gegen einige von ihnen vor und verärgerte und irritierte damit ihre internationalen Partner. So musste die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Niederlassung nach 30 Jahren schließen, da zwei Mitarbeiter zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Ihnen wurde von den ägyptischen Behörden vorgeworfen ohne Registrierung zu arbeiten. Beobachter sahen in diesem Vorgehen zwei Botschaften von Mursi und seiner Regierung: Einerseits zeige man kein Interesse an einem Austausch mit dem Westen und andererseits mache man nach innen deutlich, dass das Einsetzen für Demokratie nicht in das System der Muslimbrüder passe und Verrat gleichkomme (Zekri 2013, II).

Allgemein hinterließ die Regierungspolitik den Eindruck, dass der Wahlsieg von den Muslimbrüdern nicht als Verpflichtung gegenüber dem ägyptischen Volk angesehen wurde und man nicht auf Pluralität und Inklusion setzen würde. Nach all den Jahren im Untergrund schien man eher zu glauben, dass man jetzt die Chance habe die ägyptische Gesellschaft nach den eigenen ideologischen Vorstellungen zu formen. Die Regierung betrieb offensichtlich Interessenspolitik für ihre Klientel und brachte vor allem ideologisch geprägte Gesetze – zum Beispiel zur Durchsetzung von mehr Geschlechtertrennung im öffentlichen Leben – auf den Weg. Gleichzeitig vernachlässigte man zentrale Versorgungs-, Wirtschafts- und Sicherheitsfragen, die für die Masse der

ägyptischen Bevölkerung von wesentlich höherer Priorität waren. Dies sollte sich als fataler Fehler in einer so instabilen Situation herausstellen, da das Ignorieren der wichtigsten Probleme für die Bevölkerung die Muslimbrüder viel Unterstützung und Sympathie kostete (Kindelberger 2012, 13).

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass die politisch zwar geschwächte, aber weiterhin aktive liberale Opposition bei ihren Protesten zunehmend Unterstützung aus der Bevölkerung erhielt, die ihre Existenz bedroht sah und keine Anzeichen für Besserung erkennen konnte.

#### **4.1. Das Ende der islamischen Regierung**

Zum ersten Jahrestag von Mursis Amtsantritt im Juli 2013 kündigte die Opposition erneut Massendemonstrationen an. Bei bereits hohen Erwartungen an die Teilnehmerzahl fielen diese dann so massiv aus, dass sie sogar die Proteste von 2011 übertrafen. Nachdem es wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit einigen Toten und Verletzten kam, wurde der Präsident von der Armee und der Opposition mit einem Ultimatum aufgefordert, binnen 48 Stunden einen Kompromiss zu finden, sonst drohten die Generäle einzugreifen. Kurz darauf traten vier Minister zurück, so dass Mursis Stellung in diesem Machtkampf zunehmend schwächer wurde (Egypt Independent 2013, II). Dieser jedoch weigerte sich mit markigen Worten zu weichen und berief sich darauf, als demokratisch gewählter Präsident rechtmäßig im Amt bleiben zu wollen. Er erklärte zudem, ein erzwungener Rücktritt sei ein grober Verstoß gegen die demokratischen Spielregeln (Amjahid 2013).

Beide Seiten beharrten auf ihren Positionen. Anstatt Gespräche über einen möglichen Kompromiss zu führen, ließen sie Ägypten im Chaos versinken: In den Straßen bekämpften sich Demonstranten und Mursi-Unterstützer, das Hauptquartier der Muslimbrüder wurde gestürmt und es schien auch diesmal nur eine Autorität übrig zu bleiben: das Militär (Amjahid 2013). Am 3. Juli machte die Armee ihre Drohung wahr und setzte Präsident Mursi ab, verhängte über ihn und führende Muslimbrüder einen Hausarrest und setzte die neue Verfassung von 2012 vorübergehend aus.

Der Präsident des Verfassungsgerichts, Adli Mansur, wurde vom Militär zum Interimspräsidenten erklärt. Mansur war 1992 von Mubarak zum Richter am Obersten Verfassungsgericht ernannt worden und war später stellvertretender Vorsitzender. Nach Mubaraks Absetzung wirkte er an der Ausarbeitung des Wahlgesetzes für die Präsidentschaftswahlen 2012 mit. Er war vor seiner Berufung durch die Armee kaum in der Öffentlichkeit bekannt; sollte aber als neutrales Gesicht zeigen, dass keine der Konfliktparteien sichtlich bevorzugt oder benachteiligt würde. Dennoch besaß er durch

seine früheren Tätigkeiten eine recht starke Verbindung zum alten Regime: So war er unter Mubarak beispielsweise langjähriges Mitglied des Staatsrates, der Streitigkeiten unter und mit Verwaltungsinstitutionen bearbeitet. Dies wurde bereits zu diesem Zeitpunkt als Hinweis gewertet, wer nach dem Willen des Militärs in Zukunft das Heft der Macht in der Hand halten soll – nämlich vor allem die alten Machthaber, die bereits unter Mubarak die Strippen zogen (Grillmeier 2013). Nach dem Plan der Armee sollte Mansur jedoch zuerst vorgezogene Neuwahlen ausrufen, während eine Technokraten-Regierung den Auftrag bekam, eine neue Verfassung auszuarbeiten, die dann dem Verfassungsgericht vorgelegt werden würde. Für die Zeit ohne Verfassung versprach die Militärführung die Meinungs- und Pressefreiheit zu wahren (Avenarius 2013).

Dieser Fahrplan stellte sich allerdings als nicht umsetzbar heraus. Die Verhandlungen über eine Übergangsregierung erwiesen sich als extrem schwierig und es gab vielfach Zweifel daran, wie ernst es den neuen Machthabern überhaupt mit einem Neuanfang des demokratischen Projektes war. In den Straßen protestierten nun die Anhänger der Muslimbrüder und des geschassten Präsidenten, wobei es bereits früh nach dessen Sturz zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär kam (BBC 2013). Es machte sich bei ihnen der immense Frust breit, nach jahrzehntelanger Unterdrückung nun – nur ein Jahr nach der Regierungsübernahme – wieder machtlos und ohne Handlungsmöglichkeiten dazustehen. Die Demütigung, die nach rein rechtlichen und demokratischen Prinzipien ihnen zustehende Regierungsverantwortung durch das Militär in einem Putsch verloren zu haben, wog schwer.

Den gesamten Juli und August über demonstrierten Mursi-Anhänger für den abgesetzten Präsidenten, während Mursi-Gegner – teils nach Aufruf durch das Militär – Gegenproteste veranstalteten. Es kam immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Toten. Am 14. August eskalierte dann die Lage endgültig: Nach mehreren Warnungen, dass das Militär keinen weiteren Widerstand dulden werde, stürmten Soldaten zwei Protestcamps der Muslimbruderschaft in Kairo unter Einsatz brutalster Methoden – unter anderem wurden dabei Panzerfahrzeuge, Bulldozer, Tränengas, Schrot- sowie Gefechtsmunition eingesetzt. Währenddessen verhängte Interimspräsident Mansur wieder den zuvor unter Mubarak fast drei Jahrzehnte aktiven und so verhassten Ausnahmezustand (Kirkpatrick 2013). Insgesamt forderten die Ereignisse des Tages über 600 Leben und Tausende wurden verletzt (Süddeutsche.de 2013, II). Spätestens nun wurde deutlich, dass die neuen Machthaber kein Interesse daran hatten weitere gewalttätige Eskalationen zu verhindern. Genauso lag es anscheinend nicht in ihrem Interesse ein Fundament für eine demokratische Ordnung und die Bildung einer freien Zivilgesellschaft zu errichten, an der möglichst umfassend alle verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen teilhaben können. Vielmehr schien es auch dem Militär primär um eine Konsolidierung seiner

Macht und eine Beseitigung jeglicher Gruppen, die seine Stellung gefährden könnten, zu gehen.

Federführend bei diesem Vorgehen war ironischerweise der von Mursi selbst eingesetzte ‚neue starke Mann‘ an der Spitze des Militärs, General Abdel Fattah al-Sisi, der seit August 2012 Verteidigungsminister und Vorsitzender des *SCAF* war (Londoño 2012). Vorwürfe, er würde als stark religiöse Persönlichkeit, der die Zweckallianz zwischen Militär und Muslimbrüdern befürwortet hatte, den Muslimbrüdern zu nahe stehen, entkräftete er nachhaltig durch die erzwungene Absetzung von Mursi, nachdem die Proteste gegen die islamische Regierung eskalierten (Al Jazeera 2013), und das rigorose Vorgehen gegen die protestierenden Muslimbrüder, das ebenfalls klar seine Handschrift trug. Trotz des brutalen Vorgehens gewann er so, als neuer starker und entschlossener Anführer an der Spitze des Militärs, das Vertrauen vieler Ägypter und galt zunehmend auch als aussichtsreicher Kandidat für eine neue Präsidentenwahl im Laufe des Jahres 2014 (Süddeutsche.de 2013). Allerdings könnte dies nicht in seiner Position als höchster Militär geschehen, da die Armee als Institution weiterhin kein großes Interesse daran hat, aktiv in der Politik mitzuwirken. Die Erfahrungen aus der Übergangszeit nach dem Umbruch 2011 haben deutlich gezeigt, dass für das Militär die Einflussnahme im Hintergrund wesentlich bessere Möglichkeiten zur Umsetzung der eigenen Ziele und zur Wahrung der eigenen Privilegien bietet (Gehlen 2013, IV).



Mit al-Sisi als Strippenzieher verfolgten Armee und Interimsregierung weiter einen unerbittlichen Kurs gegen die Muslimbruderschaft – unter anderem mit Drohungen, Zerschlagung von Protesten und Verhaftungswellen. Bereits Ende August war fast die gesamte Führungsriege der Bruderschaft verhaftet – darunter neben Ex-Präsident Mursi auch Bruderschafts-Anführer Mohamed Badie. Insgesamt 52 Mitglieder und Anführer der Bewegung wurden bereits zu diesem Zeitpunkt zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Mursi selber ist bis heute unter anderem wegen Anstiftung zum Mord angeklagt (Zeit 2013, II). Gleichzeitig wurde der in erster Instanz zu lebenslanger Haft verurteilte Ex-Diktator Mubarak aus dem Gefängnis entlassen, da seine Anwälte Einspruch gegen die Verurteilung eingelegt hatten und die Zeit der Untersuchungshaft abgelaufen war (Zeit 2013, V). Obwohl es sich um eine formale Entscheidung handelte und Mubarak weiterhin unter Hausarrest steht, wurde dies weithin als starkes Symbol für Ägyptens Rückkehr zu einem stark repressiven und nicht-demokratischen System angesehen: Der erste gewählte Präsident saß in Haft und seine Anhänger wurden von der neuen Führung rigoros unter Akzeptanz von Hunderten von Todesopfern verfolgt, während der Ex-Diktator wieder freigelassen wurde.

Als fast logische Folge der Kampagne gegen die Muslimbruderschaft stand letztendlich am 23. September das endgültige Verbot der Bewegung. Nachdem die Gruppe seit ihrer Gründung im Jahr 1928 bereits die meiste Zeit ihrer Existenz verboten war, wurde sie nach dem Sturz Mubaraks 2011 legalisiert. Die in der ersten freien Parlamentswahl so erfolgreiche *Freiheits- und Gerechtigkeitspartei* wurde kurz danach als politischer Arm gegründet. Diese Gerichtsentscheidung, die zudem die Beschlagnahmung des Vermögens und der Immobilien der Organisation anordnete, drängte die Muslimbrüder also nach nur etwas mehr als zwei Jahren wieder zurück in die Illegalität (Zeit 2013, III). Einen weiteren Höhepunkt in dem Versuch, der Organisation sämtliche Aktivitäten unmöglich zu machen, markierte die am 25. Dezember 2013 veröffentlichte Erklärung der ägyptischen Behörden, die Bruderschaft werde von nun an offiziell als Terrororganisation eingestuft (Zeit 2013).

Spätestens diese Entscheidung durchkreuzte endgültig jegliche verbliebene Hoffnung auf eine allgemeine Einigung aller politischen Akteure Ägyptens auf eine neue gemeinsame Ordnung und zementierte den alleinigen Machtanspruch des Militärs und der von ihr gestützten Übergangsregierung.

Über die Monate nach der Absetzung Mursis hatte sich die Lage in keinsten Weise beruhigt. Immer noch kam es fast täglich zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den islamischen Gruppen und ihren Anhängern sowie den Unterstützern des Militärs und des neuen säkularen Regimes. Trotz der Niederschlagung aller Proteste mit rigoroser Gewaltanwendung durch das Militär, der Verhaftungswellen und des Verbots der Muslimbruderschaft war es nicht möglich die Lage in den Griff zu bekommen.

Stattdessen zerrüttet und lähmt die scheinbar endlose Konfrontation weiter ein bereits völlig gespaltenes Land (Gehlen 2013).

Die öffentliche Sicherheit kann weiter nicht garantiert werden, die politische Zukunft ist keinesfalls sicher und große Teile der Gesellschaft – speziell Unterstützer und Mitglieder der islamischen Gruppen – müssen um Leib und Leben fürchten. Zudem dürfte sich die bereits mehr als prekäre Wirtschaftssituation in Zukunft noch deutlich verschärfen, da als Reaktion auf die Gewalt nach dem Sturz Mursis viele Staaten und Organisationen ihre Hilfe eingefroren haben: Deutschland wird keine weiteren Zahlungen leisten und die EU und die USA haben ihre Unterstützung ebenfalls ausgesetzt. Allerdings haben einige arabische Länder versprochen diese Ausfälle aufzufangen (Zeit 2013, VI). Es ist klar festzustellen, dass sich die Lage in Ägypten seit der Absetzung Mursis keinesfalls, wie von der Bevölkerung erhofft, stabilisiert hat. Stattdessen fahren die neuen Machthaber um al-Sisi einen so konfrontativen Kurs, dass eine Beruhigung der Situation nicht stattfinden können.

#### **4.2. Ergebnisse der Transitionsphase: Rückkehr der Elite statt Erneuerung?**

Kurz nach dem Ausbruch der Aufstände 2011 äußerten sich einige Wissenschaftler, wie beispielsweise auch Carmen und Martin Dege, noch sehr positiv und hoffnungsvoll über den politischen Umbruch: „Dieses gemeinsame Projekt der Erneuerung Ägyptens bringt die unterschiedlichsten sozialen Gruppen zusammen, es verbindet. Darüber hinaus vermag es Dynamiken anzustoßen, die enorme Veränderungen freisetzen“ (Dege 2011, 103). Und auch wenn tatsächlich enorme Veränderungen in der Lage des Landes festzustellen sind, so hat nach dem Umbruch keine Verbindung der sozialen Gruppen stattgefunden – ganz im Gegenteil. Es hat sich stattdessen tatsächlich als fatal erwiesen, dass bereits während der Aufstände 2011 versäumt wurde das alle Gruppen vereinigende Credo „weg mit dem Regime“ um eine gemeinsame Zukunftsvision zu ergänzen. Dies hat aufgrund der stark unterschiedlichen Vorstellungen der gesellschaftlichen Gruppen nicht funktioniert (Masoud 2011, 117).

Stattdessen erlebte Ägypten, dass die jeweils an die Macht gekommene Gruppierung rigoros und rücksichtslos ihre eigene Vorstellung einer zukünftigen politischen Ordnung durchzusetzen versuchte – auch gegen den erbitterten Widerstand der jeweils benachteiligten Gruppen. Während zuerst die demokratisch gewählten Muslimbrüder unter Mursi versuchten, der neuen Verfassung und Ordnung einen stark religiösen Anstrich zu verpassen, so versuchte das Militär mit der Interimsregierung eine strikt säkulare Ordnung durchzusetzen. Gemeinsam ist beiden Lagern dabei die

niedrige Toleranz gegenüber alternativen politischen Vorstellungen und der kaum vorhandene Wille, anders gesinnte Gruppierungen in die eigene Politik mit einzubeziehen. Die immer intensiver werdende Verfeindung zwischen dem Lager der islamischen Gruppierungen und dem der Säkularen und den Unterstützern des Militärs spaltete die Nation immer stärker und entlud sich fast täglich in gewalttätigen Zusammenstößen, die regelmäßig Dutzende Tote und Verletzte forderten.

So hat sich, trotz der anfangs weit verbreiteten Hoffnung unter ägyptischen Liberalen und westlichen Beobachtern auf eine demokratische Wende, Harders Aussage bewahrheitet: „Phasen des revolutionären Umbruchs sind notwendig ergebnisoffen und das zeigt auch der Blick auf die Entwicklungen in der Arabischen Welt“ (Harders 2011, 32). Dies bedeutet natürlich auch, dass in den Geschichtsbüchern irgendwann der Umbruch von 2011 den Anfang einer neuen Autokratie und einer (zumindest indirekten) Herrschaft der militärischen Elite markieren kann. Die drei Jahre nach dem Sturz Mubaraks zeigen zumindest, dass die Entscheidung über die politische Zukunft Ägyptens in einem langwierigen gesellschaftlichen Konflikt ausgetragen werden wird.

Kurz nach dem Ende der Ära Mubarak erschien die Muslimbruderschaft noch als sicherste und vertrauteste Alternative zum alten Regime und ging als haushoher Sieger aus der ersten freien Wahl hervor. Doch bereits nach einem Jahr an der Macht hatte sie durch ihre vornehmlich ideologisch geprägte Politik, die an den wahren Nöten und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei ging, bei einem großen Teil der Ägypter das Vertrauen verspielt, so dass es mit Hilfe des Militärs zu ihrer Absetzung kam. Obwohl seitdem die brutale und schonungslose Bekämpfung und Verdrängung der Bruderschaft in vollem Gange ist, stellt die Organisation mit ihrer großen Anhängerschaft und enormen Zahl an Sympathisanten auch weiterhin eine zentrale gesellschaftliche Gruppe dar. Ob es den aktuellen Machthabern gelingen wird, die Organisation niederzuhalten und die Proteste und Aufstände zu unterbinden, ist offen, aber es dürfte zweifelsohne sehr schwer bis unmöglich werden die Bruderschaft komplett zu verdrängen.

Trotz ihrer Marginalisierung in der politischen Landschaft in der Phase nach dem Umsturz 2011 haben sich die Jugendlichen und die liberalen Kräfte während der Aufstände gegen die Regierung von Mursi ein weiteres Mal als sehr starke „Opposition der Straße“ bewiesen. Allerdings wäre es ihnen ohne den Rückhalt in einem großen Teil der ägyptischen Bevölkerung – darunter sogar Islamisten und Salafisten, die von der Ignoranz der islamischen Regierung bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Notlage verärgert waren – aber kaum möglich gewesen einen solchen Einfluss auszuüben. Die jungen, liberalen Kräfte sind während der Herrschaft der Muslimbrüder als politische Kraft keinesfalls untergegangen. Nach dem Sturz Mursis war das politische Momentum auf ihrer Seite und es schien so, als könnten sie nun ihre Vision

eines säkularen demokratischen Ägyptens verwirklichen. Als großes Problem stellte sich jedoch heraus, dass sie sich ein weiteres Mal zur Umsetzung ihrer Forderungen auf das Militär verließen und dass Teile der jungen Liberalen die Streitkräfte in ihrem Vorgehen gegen die islamische Regierung unterstützten (Zekri 2013). Dies ist insofern überraschend, da gerade die Liberalen bereits nach den Aufständen 2011, bei denen sie das Eingreifen des Militärs ebenfalls bejubelten, schlimme Erfahrungen machten, als die Armee nach Protesten massenweise Jugendliche misshandelte, tötete und verhaftete (Süddeutsche.de 2011).

Anstatt dass die Liberalen und die jungen Aktivisten nun ihre einstige Forderung nach einem demokratischen und freien Ägypten verwirklichen konnten, hat die Absetzung Mursis das Militär wieder als „permanente überpolitische Kontrollinstanz“ reinstalliert (Gehlen 2013, II). Die Interimsregierung wurde klar von der Armee unter General al-Sisi dominiert – mit dem obersten Ziel das aktuelle Machtgefüge und die Stellung des Militärs zu festigen. Selbst die islamistischen Salafisten und ihr politischer Arm, die *Partei des Lichts*, unterstützten die neue Regierung. Auch wenn es überraschend wirken mag, dass damit ausgerechnet die konservativste Kraft des politischen Islam und, während Mursis Regierungszeit, der engste Partner der Muslimbrüder sich auf die Seite des Militärs schlug, so gab es doch klare Gründe für dieses Handeln. Zum einen hatte die Rücksichtslosigkeit von Mursis Politik schon vorher zu einem Zerwürfnis zwischen Salafisten und Muslimbrüdern gesorgt. Die Salafisten fühlten sich, ähnlich wie liberale und säkulare Kräfte, marginalisiert und von der Bruderschaft durch deren Aneignung von zentralen Regierungsposten und die einseitige Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen ins Abseits gedrängt. Zum anderen fürchteten die Salafisten und ihre Partei nach Mursis Absetzung und dem Vorgehen gegen die Muslimbruderschaft durch das Militär um ihr eigenes Überleben. Es schien, als ob sie sich, um ein ähnliches Schicksal abzuwenden, durch Zurückhaltung aus der Schusslinie bringen wollten (Symanck 2014).

Bei all diesen Vorgängen scheint mittlerweile für freiheitliche und demokratische Ideen nur wenig Platz – ganz im Gegenteil, wo die Salafisten sich freiwillig beugen und auch die liberalen und säkularen Aktivisten von den Machthabern durch Anklagen und Verhaftungen bedroht und eingeschüchtert werden, kann von einem Übergang zu einer offeneren Gesellschaft nicht die Rede sein (Gehlen 2013, III).

## 5. Politische und gesellschaftliche Zukunftsaussichten

Als ein zweiter Neuanfang kurz nach dem Sturz Mursis noch möglich erschien, hätte man als Voraussetzungen für die Erschaffung einer stabilen demokratischen Zukunft folgendes nennen können: Eine neue Verfassung, die von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird; ein System politischer Institutionen, in dem die Kompetenzen klar definiert sind, so dass fundamentale Machtkämpfe ausgeschlossen werden; ein verfassungsgemäßes Wahlsystem, das Ergebnisse produziert, die von allen Ägyptern akzeptiert werden sowie eine politische Kultur, die alle gesellschaftlichen und politischen Strömungen einbindet und in der die Regierung für alle Gesellschaftsgruppen tragbare Entscheidungen trifft, während die jeweilige Opposition andere Möglichkeiten zum Ausdruck ihrer Forderungen zur Verfügung hat als gewaltsamen Protest auf der Straße.

Angesichts der aktuellen Lage ist Ägypten von dieser Idealvorstellung allerdings weit entfernt. Die stark ideologisch geprägte und wenig tolerante Politik der ehemaligen islamischen Regierung und die nun von den neuen Machthabern unter Einsatz aller Gewalt vorangetriebene Verdrängung der islamischen Kräfte sowie der Demokraten hat die bereits direkt nach der Revolution von 2011 deutlich gewordene Spaltung des Landes immer weiter vorangetrieben. Ein breiter Konsens zur zukünftigen politischen Ordnung über die verschiedenen Ideologien der einzelnen Gruppierungen hinweg scheint auch auf lange Sicht unmöglich. Damit sind auch die Erschaffung neuer Institutionen, einer neuen politischen Kultur und einer funktionierenden Zivilgesellschaft ausgeschlossen.

Allerdings scheint diese Vision einer offenen und vereinigenden politischen Ordnung auch nicht das Ziel der Entscheidungsträger und der Mehrheit des ägyptischen Volkes zu sein. Während im Lager der islamischen Gruppen die Absetzung ihrer Regierung vornehmlich als illegitimer Putsch und als Verschwörung gegen alle Gläubigen dargestellt wird, so bezeichnen die jetzigen Machthaber das Vorgehen gegen die Muslimbrüder und andere Kritiker als Kampf gegen Terroristen und Volksfeinde. Die nach dem Sturz Mursis vor allem im Westen artikulierte Forderung, die Muslimbrüder wieder in die Politik zu integrieren, erscheint in diesem Bild geradezu als verräterisch (Gehlen 2013).

Etwas mehr als drei Jahre nach dem Ende der Ära Mubarak in Ägypten stehen für die Zukunft des Landes alle Zeichen auf eine Neuetafelung eines repressiven und autoritären Regimes, in dem das Militär über einen äußerst starken Einfluss auf die Regierung verfügt. Dies war bereits unter der Interimsregierung der Fall und so sah es danach aus, dass der nächste Präsident nur ein dem Militär genehmer Kandidat werden könnte. Nicht sonderlich überraschend geriet so der nach der Absetzung Mursis auf

einer Popularitätswelle reitende Armeechef al-Sisi als aussichtsreicher Kandidat ins Gespräch.

### **Die Präsidentschaftskandidaten 2014**

**Abdel Fattah al-Sisi:** Er wurde im August 2012 Oberbefehlshaber der Armee und Verteidigungsminister und somit Nachfolger des von Mursi abgesetzten Mohammed Tantawi. Im Juli 2013 war er als Militäρχef federführend in der Absetzung Mursis.

**Hamdin Sabahi:** trat nach 2012 zum zweiten Mal als Kandidat an (siehe Informationskasten „Die Präsidentschaftskandidaten 2012“).

Quelle: El-Din 2014

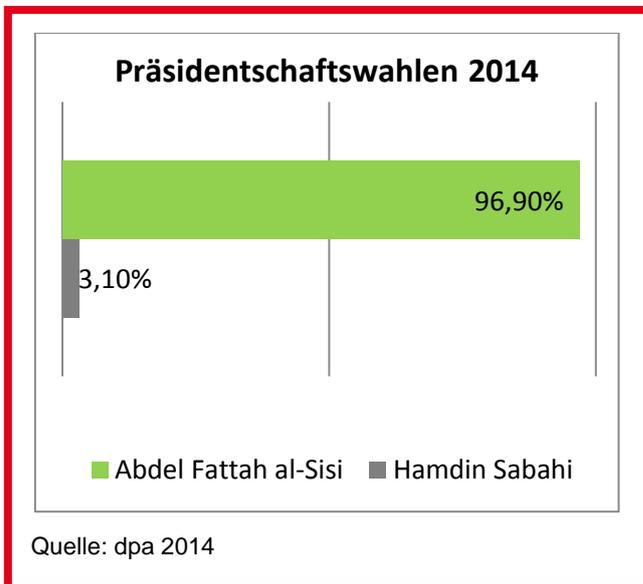
Obwohl er selbst Zurückhaltung übte und sich zuvor lange Zeit nicht zu einer möglichen Kandidatur äußerte, gab al-Sisi am 26. März 2014 bekannt, dass er bei neuerlichen Präsidentschaftswahlen kandidieren würde. Dafür trat er von seinem Amt als Oberkommandierender des Militärs zurück, um verfassungsgemäß als Zivilist antreten zu können (Kingsley 2014). Trotz des Ausscheidens aus der Armee wären mit al-Sisi an der Spitze einer Regierung die Wahrung der Interessen des Militärs sowie eine Fortsetzung des äußerst harten Vorgehens gegen oppositionelle Gruppen sicher.

Auf den ersten Blick hilfreich für seine Kandidatur schien, dass die neue Verfassung – entstanden in einer 50-köpfigen verfassungsgebenden Versammlung, deren Mitglieder ohne demokratische Legitimierung von der Übergangsregierung bestimmt wurden – im Januar 2014 mit 98,1 Prozent der Stimmen der teilnehmenden Wähler angenommen wurde. Jedoch lag die Wahlbeteiligung nur bei niedrigen 38,6 Prozent (Bundeszentrale für politische Bildung 2014). Das Ergebnis des Referendums weist somit auf zwei sehr gegensätzliche Tendenzen hin: Zum einen scheint die hohe Zustimmung zu signalisieren, dass es eine durchaus große Bevölkerungsgruppe gibt, die dem Vorgehen al-Sisis und des Militärs zustimmen, andererseits lässt die Wahlbeteiligung – obwohl diese durchaus höher ausfiel als noch bei dem vorherigen Referendum 2012 – Zweifel daran aufkommen, ob der Ruf nach al-Sisi als zukünftiger Präsident wirklich so sehr von der breiten Masse der Bevölkerung unterstützt wurde, wie von seiner Seite und der des Militärs propagiert wurde (Al Jazeera 2014).

Auf inhaltlicher Ebene unterschied sich die neue Verfassung von der vorherigen von 2012 vor allem durch die weniger expliziten religiösen Bezüge und ein ausdrückliches Verbot von religiösen Parteien, wie es bereits in der Ära Mubarak bestand. Gerade unter Liberalen und Demokratie-Aktivisten waren jedoch die weiter mannigfaltigen Rechte und Privilegien des Militärs besonders umstritten. Unter anderem ist der Armee das Recht vorbehalten, an der zivilen Regierung vorbei den

Verteidigungsminister zu ernennen. Zudem ist der Etat der Armee der Aufsicht des Parlaments entzogen und – sollte es sich bei einem Vergehen um einen Angriff auf die Streitkräfte handeln – ist es weiter möglich, dass Zivilisten vor Militärtribunalen der Prozess gemacht wird (Bundeszentrale für politische Bildung 2014).

Nach der Ratifizierung der Verfassung fanden dann die Wahlen zum neuen Präsidenten Ägyptens am 26. und 27. Mai 2014 statt. Diese endeten in einem Erdrutschsieg für al-Sisi: Laut offizieller Angaben entfielen insgesamt 96,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf ihn, so dass sein einziger Gegenkandidat Hamdi Sabahi mit gerade einmal 3,1 Prozentpunkten ohne Chancen blieb (dpa 2014). Dies signalisiert auf den ersten Blick eine geradezu überwältigende Zustimmung für ihn; die jedoch durch die Wahlbeteiligung deutlich in Frage gestellt wird. Offiziell nahmen nur 46 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl teil – und auch diese Zahl dürfte nur durch einige Maßnahmen der Interimsregierung entstanden sein. So war zuvor von nur 35 Prozent



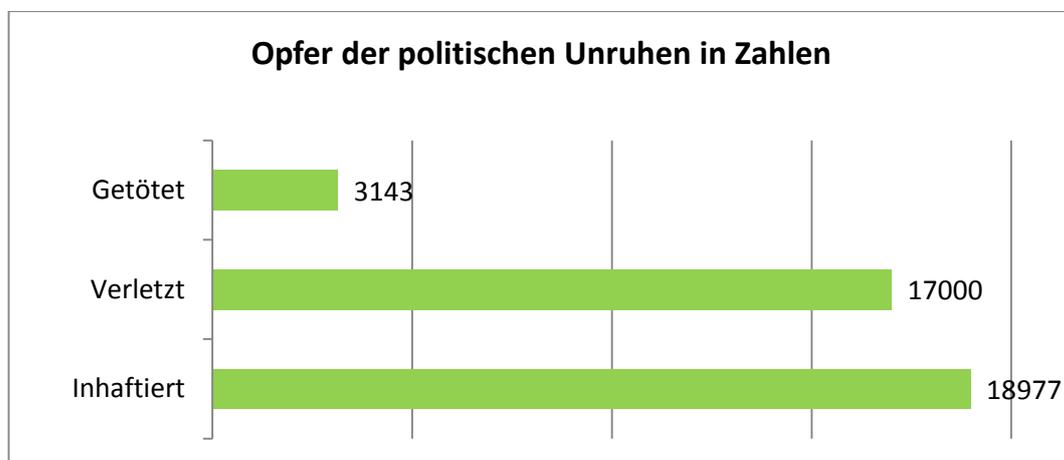
Beteiligung die Rede, woraufhin der zweite Wahltag zum Feiertag erklärt wurde, so dass Geschäfte schließen und Angestellte nicht zur Arbeit mussten. Darüber hinaus versprach der Transportminister kostenlose Heimreisetickets für alle Wähler; kurz vor Schluss der Wahlen wurde ein zusätzlicher Wahltag deklariert und das Nichtwählen mit einer Geldstrafe belegt (Gehlen 2014).

Gerade für al-Sisi ist diese unverhofft niedrige Wahlbeteiligung hochproblematisch, da er sich selbst als Wunschkandidat des Volkes präsentierte. Die Legitimation für die Absetzung Mursis sowie sein darauf folgender politischer Aufstieg fußten auf dem Verständnis, dass beides dem Willen des ägyptischen Volkes entspräche. Somit hatten für al-Sisi die Wahlen auch eine wichtige symbolische Bedeutung: Sie sollten der Welt das Ausmaß seines Rückhaltes in der Bevölkerung demonstrieren. Die niedrige Wahlbeteiligung stellt daher – trotz des klaren Sieges über Sabahi – einen deutlichen Dämpfer dar für das vorher gern kolportierte Bild einer charismatischen Führungspersönlichkeit, der die Masse des Volkes euphorisch zujubelt. Somit dürfte das Wahlergebnis zumindest ein Indikator dafür sein, dass auch al-Sisi keineswegs der die zersplitterte ägyptische Gesellschaft einende Präsident ist. Auch er könnte den Widerstand von oppositionellen Gruppen – in diesem Fall vor allem vom politischen Islam sowie den liberalen

Jugendgruppen – zu spüren bekommen. Ob seine neue Regierung auf Dissens weiterhin mit rigoroser Repression und schonungsloser Gewalt antworten wird, bleibt abzuwarten.

Aber auch sonst steht al-Sisi vor enormen Herausforderungen, die ebenfalls seine Erscheinung als starker Anführer und Hoffnungsträger der von der islamischen Regierung enttäuschten Bevölkerungsgruppen gefährden könnten. Neben einer weiter völlig zerrissenen Gesellschaft, die auch für ihn kaum zu beruhigen scheint, steht Ägypten vor unüberwindbar scheinenden ökonomischen Problemen. Der Zusammenbruch des Tourismus, eine Energiekrise sowie anhaltende Streiks und Proteste lassen die Wirtschaft weiter am Boden liegen. Eine kleine Linderung erfährt das Problem durch die Verabschiedung eines Gesetzes in den USA, das es nach dem Einfrieren der Hilfen nach dem Sturz Mursis nun der Obama-Regierung erlaubt, mehr als eine Milliarde Dollar an Finanzhilfen freizugeben (Kimball 2014).

Als hochgefährlich haben sich das politische Chaos und die Verfolgung der Muslimbrüder herausgestellt, da dies militanten Kräften in die Hände spielte. So werden die Angriffe auf Polizisten und Soldaten durch radikale Islamisten, die zu Untergruppen von al-Qaida gehören, gerade auf der schwer kontrollierbaren Sinai-Halbinsel immer häufiger und schwerer. Mittlerweile haben einzelne Attacken auch in Kairo



Quelle: Carnegie Endowment for International Peace (Dunne, Williamson 2014), nach Informationen der Thawra-Initiative des „Egyptian Center for Economic and Social Rights (ECESR)“.

**Alle genannten Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum von Mursis Absetzung am 3. Juli 2013 bis zum 31. Januar 2014.** Die Angaben basieren auf einer möglichst allumfassenden Zusammenstellung aus öffentlich zugänglichen Quellen durch die Thawra-Initiative, deren Ziel es ist eine statistische Datenbank zu politischer Gewalt in Ägypten zu erstellen. Die arabisch-sprachige Internetseite der Initiative kann unter diesem Link gefunden werden: <http://wikithawra.wordpress.com>

stattgefunden, so dass die neu aufgeflamnte Welle von Anschlägen kein regional begrenztes Phänomen bleibt (Georgy 2014). Die Angriffe wurden von dem Militär offiziell der Muslimbruderschaft als Racheakte angelastet und als Untermauerung für deren Einstufung als terroristische Organisation angesehen. Die Bruderschaft selber bestritt jedoch jedes Mal jegliche Involvierung, während sich gleichzeitig eine militante Untergruppe von al-Qaida zu den Attacken bekannte (Associated Press 2014).

Unter all diesen Voraussetzungen dürfte es selbst für einen Mann wie al-Sisi, der in den letzten Monaten die politische Landschaft so dominiert hat und zudem das Militär als mächtigen Verbündeten vorweisen kann, schwer werden für politische wie gesellschaftliche Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Eine Entwicklung hin zu freiheitlicher Demokratie und zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft ist darüber hinaus kaum noch zu erwarten. Die freiheitlichen und liberalen Gruppen in Ägypten haben zwar ihre Stärke als Opposition während der Proteste gegen die islamische Regierung bewiesen, sich aber vom Militär instrumentalisieren lassen und dürften in einer von der Armee beeinflussten politischen Ordnung wieder nur eine Nebenrolle spielen. Von den Zielen, für die sie und die Hunderttausenden von Ägyptern ursprünglich im Januar 2011 auf die Straße gegangen sind, ist kaum etwas übriggeblieben und die aktuelle Lage lässt wenig Hoffnung, dass diese noch verwirklicht werden können. Für die Muslimbruderschaft sieht die Zukunft noch wesentlich düsterer aus. Nunmehr nicht nur verboten, sondern auch noch als Terrorgruppierung gebrandmarkt, wird sie immer weiter verdrängt. Dennoch ist es kaum denkbar, dass die Organisation endgültig ausgeschaltet werden kann, da sie dafür über zu viele Anhänger und eine zu große Verwurzelung in der Gesellschaft verfügt. Allerdings ist es wohl unmöglich, dass die Muslimbrüder irgendwie in eine neue politische Ordnung integriert werden oder integriert werden wollen. Daher stehen ansonsten alle Optionen offen: Von einer Arbeit aus dem Untergrund, auf lange Sicht eine Rückkehr in die Halblegalität wie unter Mubarak bis hin zu einer Radikalisierung scheint vieles möglich.

Das Ringen um die Macht in Ägypten hat auch nach der Präsidentschaftswahl noch lange kein Ende gefunden und auch wenn mittlerweile zumindest formal mit einer neuen Verfassung und al-Sisi als Präsidenten die Frage nach der politischen Ordnung und Führung geklärt ist, so steckt diese neue Machtfiguration noch in ihren Kinderschuhen und ist noch weit davon entfernt endgültig konsolidiert zu sein. Neben der offensichtlichsten und wichtigsten Aufgabe in Zukunft für stabile Verhältnisse und eine Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit zu sorgen, stehen den neuen Machthabern noch viele weitere Herausforderungen bevor. Ob es gelingen wird die Lage zumindest vorerst zu stabilisieren und zu welchen Mitteln die Machthaber dafür greifen werden, ist kaum vorherzusagen. Dies bleibt eine der zentralen und existenziellen Fragen, die die Zukunft Ägyptens bestimmen wird.

## 6. Literaturverzeichnis

- Al-Ali, Zaid (2013): The Constitutional Court's mark on Egypt's elections, in: *Foreign Policy: The Middle-East-Channel*, 6. Juni 2013, im Internet unter:  
[http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2013/06/06/the\\_constitutional\\_court\\_s\\_mar  
k\\_on\\_egypt\\_s\\_elections](http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2013/06/06/the_constitutional_court_s_mark_on_egypt_s_elections).
- Al Jazeera (2012): Egypt's presidential candidates, in: *Al Jazeera*, 26. April 2012, im Internet unter:  
<http://www.aljazeera.com/indepth/features/2012/04/201242614439402525.html>.
- Al Jazeera (2012, II): Interactive: Full Egypt election results, in: *Al Jazeera*, 1. Februar 2012, im Internet unter:  
<http://www.aljazeera.com/indepth/interactive/2012/01/20121248225832718.html>.
- Al Jazeera (2012, III): Muslim Brotherhood tops Egyptian poll result, in: *Al Jazeera*, 22. Januar 2012, im Internet unter:  
<http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2012/01/2012121125958580264.html>.
- Al Jazeera (2013): Profile: General Abdel Fattah el-Sisi, in: *Al Jazeera*, 24. August 2013, im Internet unter:  
<http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2013/07/201373112752442652.html>
- Al Jazeera (2014): Egypt's Sisi cleared for presidential bid, in: *Al Jazeera*, 28. Januar 2014, im Internet unter: <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2014/01/egypt-sisi-given-rank-field-marshal-201412713125673146.html>.
- Alabass, Bassem Abo (2013): Egypt tourism minister resigns over 'ex-militant' Luxor governor, in: *Ahram Online*, 19. Juni 2013, im Internet unter:  
<http://english.ahram.org/NewsContent/3/12/74405/Business/Economy/Egypt-tourism-minister-resigns-over-exmilitant-Lux.aspx>.
- Amjahid, Mohamed; Böhm, Andrea; Thumann, Michael (2013): Gewählt und gehasst, in: *Zeit Online*, 04. Juli 2013, im Internet unter:  
<http://www.zeit.de/2013/28/aegypten-mursi-putsch>.
- Asseburg, Muriel (2011): Zur Anatomie der arabischen Proteste und Aufstände, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte – Arabische Zeitenwende*, 39/2011, Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn, Seite 3-9.
- Associated Press (2014): Six Egyptian military police killed as gunmen attack Cairo checkpoint, in: *theguardian.com*, 15. März 2014, im Internet unter:  
<http://www.theguardian.com/world/2014/mar/15/egyptian-police-killed-attack-cairo-muslim-brotherhood>.
- Avenarius, Tomas; König, Michael (2013): In fünf Schritten aus der Krise, in: *Süddeutsche.de*, 4. Juli 2013, im Internet unter:

- <http://www.sueddeutsche.de/politik/militaerplan-fuer-aegyptens-zukunft-in-fuenf-schritten-aus-der-krise-1.1712282>.
- BBC (2012): Egypt parties end deadlock over constitutional panel, in: *BBC Online*, 8. Juni 2012, im Internet unter: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-18360403>.
- BBC (2013): Egypt unrest: Brotherhood rejects Mansour poll decree, in: *BBC Online*, 9. Juli 2013, im Internet unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-23237852>.
- BBC (2013, II): Egypt's challenge: The economy, in: *BBC Online*, 7. Mai 2013, im Internet unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-22403719>.
- BBC (2013, III): Morsi gives Egypt governorships to Islamist allies, in: *BBC Online*, 17. Juni 2013, im Internet unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middeleest-22937397>.
- Brown, Nathan J. (2013): *Egypt: A Constitutional Court in an Unconstitutional Setting*, Constitutional Transitions and Global and Comparative Law Colloquium, 23. Oktober 2013, New York University – School of Law: New York, im Internet unter: <http://www.constitutionnet.org/vl/item/egypt-constitutional-court-unconstitutional-setting-nathan-brown>.
- Brown, Nathan J. (2013, II): Is Egypt's new parliamentary election law constitutional?, in: *The Arabist*, 22. Februar 2013, im Internet unter: <http://arabist.net/blog/2013/2/22/is-egypts-new-parliamentary-election-law-constitutional.html>.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2014): *Verfassungsreferendum in Ägypten*, 20. Januar 2014, im Internet unter: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/176291/verfassungsreferendum-in-aegypten>.
- Cook, Steven A. (2007): *Ruling But Not Governing – The Military and Political Development in Egypt, Algeria and Turkey*, The John Hopkins University Press: Baltimore.
- Dege, Carmen; Dege, Martin (2011): Der arabische Frühling in Ägypten und die Entstehung von Alternativen zum westlich-liberalen Demokratiekonzept, in: Mattes, Peter; Ruck, Nora (Hg.): *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 35. Jahrgang, Heft 4, Nummer 140, Pabst Science Publishers: Lengerich, Seite 89-111.
- dpa (2014): Ägypten: Al-Sisi gewinnt Präsidentenwahl, in: *heute.de*, 3. Juni 2014, im Internet unter: <http://www.heute.de/presidentenwahlen-in-aegypten-al-sisi-siegt-33441544.html?tabNo=2>.
- Egypt Independent (2012): Governors to be reshuffled, replaced with FJP, Brotherhood figures, in: *Egypt Independent*, 04. September 2012, im Internet unter: <http://www.egyptindependent.com/news/governors-be-reshuffled-replaced-fjp-brotherhood-figures>.

- Egypt Independent (2013): Culture Minister Saber Arab resigns, citing ongoing violence, in: *Egypt Independent*, 2. Mai 2013, im Internet unter: <http://www.egyptindependent.com/news/culture-minister-saber-arab-resigns-citing-ongoing-violence>.
- Egypt Independent (2013, II): Four ministers, five MPs resign in protest against government, in: *Egypt Independent*, 1. Juli 2013, im Internet unter: <http://www.egyptindependent.com/news/four-ministers-five-mps-resign-protest-against-government>.
- Egypt Independent (2013, III): Morsy appoints 7 new Brotherhood governors, in: *Egypt Independent*, 17. Juni 2013, im Internet unter: <http://www.egyptindependent.com/news/morsy-appoints-7-new-brotherhood-governors>.
- Egypt State Information Service (k.A.): *Shura Council*, Egypt State Information Service: Kairo, im Internet unter: <http://www.sis.gov.eg/En/Templates/Articles/tmpArticles.aspx?ArtID=3092>.
- El Difraoui, Asiem (2012): *Politisierter Salafismus in Ägypten: Neue Möglichkeiten zur dauerhaften Einbindung in demokratische Prozesse*, SWP-Aktuell 2012/A 61, Oktober 2012, Stiftung Wissenschaft und Politik: Berlin.
- El-Din, Gamal Essam (2014): Ahram Online's guide to Egypt's 2014 presidential polls, in: *Ahram Online*, 16. Mai 2014, im Internet unter: <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/101330/Egypt/Politics-/Ahram-Online-s-guide-to-Egypt-s-presidential-polls.aspx>.
- El-Sheikh, Saleh (k.A.): Was wird aus dem Staat Ägypten?, in: *Goethe Institut*, keine Datumsangabe, im Internet unter: <http://www.goethe.de/ins/eg/kai/kul/sup/trp/eti/ina/de10916816.htm>.
- Elagati, Mohamed (2013): *Foreign Funding in Egypt after the Revolution*, Arab Forum for Alternatives, FRIDE, Hivos, im Internet unter: [http://www.fride.org/download/WP\\_EGYPT.pdf](http://www.fride.org/download/WP_EGYPT.pdf).
- Fahmy, Mohamed Famel (2012): Court disbands Egypt's constitutional group, in: *CNN International*, 11. April 2012, im Internet unter: <http://edition.cnn.com/2012/04/11/world/africa/egypt-constitution/>.
- Farag, Nadine (2009): Between Piety and Politics: Social Services and the Muslim Brotherhood, in: *Frontline, Public Broadcasting Service*, im Internet unter: <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/revolution-in-cairo/inside-muslim-brotherhood/piety-and-politics.html>.
- Fischer Weltalmanach (2012): Ägypten, in: *Der Fischer Weltalmanach*, Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt am Main, im Internet unter:

- <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/fischer-weltalmanach/65621/aegypten?p=0>.
- Fleishman, Jeffrey; Adellatif, Reem (2012): Egypt's Morsi leans on uncomfortable alliance with military, in: *Los Angeles Times*, 9. Dezember 2012, im Internet unter: <http://articles.latimes.com/2012/dec/09/world/la-fg-egypt-morsi-military-20121209>.
- Frefel, Astrid (2012): Ägypten ringt um eine neue Verfassung, in: *TagesWoche*, 26. September 2012, im Internet unter: [http://www.tageswoche.ch/de/2012\\_38/international/465175/aegypten-ringt-um-eine-neue-verfassung.htm](http://www.tageswoche.ch/de/2012_38/international/465175/aegypten-ringt-um-eine-neue-verfassung.htm).
- Gehlen, Martin (2013): Ägypten – polarisiert, zerrüttet und gelähmt, in: *Zeit Online*, 6. Oktober 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/aegypten-proteste-muslimbrueder-militaer-kommentar>.
- Gehlen, Martin (2013, II): Der Militärstaat kehrt zurück, in: *Zeit Online*, 18. August 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-08/aegypten-konflikt-polarisierung-armee>.
- Gehlen, Martin (2013, III): Jetzt geht es gegen die liberalen Regimegegner, in: *Zeit Online*, 8. September 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-09/aegypten-opposition-verhaftung>.
- Gehlen, Martin (2013, IV): Wer hat die Macht in Kairo?, in: *Zeit Online*, 11. Juli 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-07/aegypten-macht-faq>.
- Gehlen, Martin (2014): Sisis Wahlsieg gegen das Volk, in: *Zeit Online*, 29. Mai 2014, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/wahl-aegypten-sissi>.
- Georgy, Michael; Saleh, Yasmine (2014): Two army officers, teenager killed in violence in Egypt, in: *Chicago Tribune News*, 19. März 2014, im Internet unter: [http://articles.chicagotribune.com/2014-03-19/news/sns-rt-us-egypt-violence-20140319\\_1-cairo-university-muslim-brotherhood-two-army-officers](http://articles.chicagotribune.com/2014-03-19/news/sns-rt-us-egypt-violence-20140319_1-cairo-university-muslim-brotherhood-two-army-officers).
- Gotowicki, Stephen (1999): The Military in Egyptian Society, in: Marr, Phebe (Hg.): *Egypt at the Crossroads: Domestic Stability and Regional Role*, National Defense University Press: Washington DC, Seite 105-125.
- Grillmeier, Franziska (2013): Adli Mansur, ein Mubarak-Beamter an der Spitze, in: *Die Welt*, 4. Juli 2013, im Internet unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article117719019/Adli-Mansur-ein-Mubarak-Beamter-an-der-Spitze.html>.
- Harders, Cilja (2011): Die Umbrüche in der Arabischen Welt: Zwischen Revolution und Restauration, in: Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients (Hg.): *Working Paper No. 1 – Proteste, Revolutionen, Transformationen - die Arabische Welt im Umbruch*, Center for North African and Middle Eastern Politics, Juli 2011, Freie Universität Berlin: Berlin, Seite 10-36.

- Hasanen, Mohammed M.; Nuruzzaman, Mohammed (2013): The New Egypt: Socio-political Dynamics and the Prospects of the transition to Democracy, in: *Mediterranean Journal of Social Sciences*, 4. Jahrgang, Nummer 4, März 2013, MCSER-CEMAS-Sapienza University of Rome: Rom, Seite 137-145.
- Hassel, Florian (2011): Die ägyptische Armee AG, in: *Welt am Sonntag*, 13. Februar 2011, im Internet unter: <http://www.welt.de/print/wams/wirtschaft/article12524461/Die-aegyptische-Armee-AG.html>.
- Hubbard, Ben (2013): Egypt's Court Chips Away at Influence of President, in: *The New York Times*, 2. Juni 2013, im Internet unter: [http://www.nytimes.com/2013/06/03/world/middleeast/egyptian-court-rules-against-legislative-body.html?\\_r=1&](http://www.nytimes.com/2013/06/03/world/middleeast/egyptian-court-rules-against-legislative-body.html?_r=1&).
- Kimball, Spencer (2014): US circumvents law to transfer aid to Egypt, in: *Deutsche Welle*, 4. Februar 2014, im Internet unter: <http://www.dw.de/us-circumvents-law-to-transfer-aid-to-egypt/a-17406390>.
- Kindelberger, Hala (2012): Wer übernimmt das Steuer? Ägypten im Gerangel interner Mächte, in: *Welttrends – Zeitschrift für internationale Politik*, Nr. 86, September/Oktober 2012, WeltTrends e.V.: Potsdam, Seite 10-15.
- Kingsley, Patrick (2014): Abdel Fatah al-Sisi resigns from Egypt military to run for presidency, in: *theguardian.com*, 26. März 2014, im Internet unter: <http://www.theguardian.com/world/2014/mar/26/sisi-resigns-egypt-military-run-for-presidency>.
- Kirkpatrick, David D. (2013): Hundreds Die as Egyptian Forces Attack Islamist Protesters, in: *The New York Times – Middle East*, 14. August 2013, im Internet unter: [http://www.nytimes.com/2013/08/15/world/middleeast/egypt.html?pagewanted=all&\\_r=1&](http://www.nytimes.com/2013/08/15/world/middleeast/egypt.html?pagewanted=all&_r=1&).
- Londoño, Ernesto (2012): Egypt's Morsi replaces military chiefs in bid to consolidate power, in: *Washington Post*, 12. August 2012, im Internet unter: [http://articles.washingtonpost.com/2012-08-12/world/35491119\\_1\\_sami-anan-president-morsi-military-chiefs](http://articles.washingtonpost.com/2012-08-12/world/35491119_1_sami-anan-president-morsi-military-chiefs).
- Londoño, Ernesto; Fadel, Leila (2012): Egypt's military issues decree giving vast powers to armed, but few to president, in: *Washington Post*, 17. Juni 2012, im Internet unter: [http://articles.washingtonpost.com/2012-06-17/world/35461842\\_1\\_military-aid-constitutional-decree-declaration](http://articles.washingtonpost.com/2012-06-17/world/35461842_1_military-aid-constitutional-decree-declaration).
- Maher, Hatem; Eskandar, Wael; Ali, Randa (2013): Egypt's post-revolution timeline: Two years of turmoil, in: *Ahram Online*, 25. Januar 2013, im Internet unter: <http://english.ahram.org.eg/News/63151.aspx>.

- Martini, Jeffrey; Worman, Stephen M. (2013): *Voting Patterns in Post-Mubarak Egypt*, RAND Corporation: Santa Monica, im Internet unter: [http://www.rand.org/pubs/research\\_reports/RR223.html](http://www.rand.org/pubs/research_reports/RR223.html).
- Masoud, Tarek (2011): Liberty, Democracy, and Discord in Egypt, in: *The Washington Quarterly*, 34. Jahrgang, Heft 4, Herbst 2011, Routledge Press; Center for Strategic and International Studies: Washington D.C., Seite 117-129.
- Ottaway, Marina (2012): *Egypt: Death of the Constituent Assembly?*, 13. Juni 2012, Carnegie Middle East Program, Carnegie Endowment for International Peace: Washington, DC, im Internet unter: <http://carnegieendowment.org/2012/06/13/egypt-death-of-constituent-assembly/brzn>.
- Schlumberger, Dr. Oliver; Gatter, Dr. Peer; Panissié, Danaë (2013): *Islamistische und jihadistische Akteure in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn.
- Sharp, Jeremy (2013): *Egypt: Background and US-Relations*, CRS Report for Congress, 26. Februar 2013, CRS Research Service: Washington D.C.
- Singh, Michael (2013): Egypt's Economic Crisis: How to Help Cairo Help Itself, in: *Policy Analysis, Policy Watch 2056*, 25. März 2013, The Washington Institute: Washington, im Internet unter: <http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/egypts-economic-crisis-how-to-help-cairo-help-itself>.
- Sirgany, Sarah (2012): Egypt cabinet ministers sworn in; in: *CNN International*, 2. August 2012, im Internet unter: <http://edition.cnn.com/2012/08/02/world/africa/egypt-cabinet/>.
- Süddeutsche.de (2011): „In Tradition der Unterdrückung der Mubarak-Ära“, in: *Süddeutsche.de*, 22. November 2011, im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/amnesty-bericht-zu-menschenrechten-in-aegypten-schlimmer-als-zu-zeiten-mubaraks-1.1196045>.
- Süddeutsche.de (2012): Muslimbrüder drohen mit „großer Revolution“, in: *Süddeutsche.de*, 15. Juni 2012, im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/aufloesung-des-parlaments-in-aegypten-muslimbrueder-drohen-mit-grosser-revolution-1.1383409>.
- Süddeutsche.de (2013): Militärchef al-Sisi als künftiger Präsident im Gespräch, in: *Süddeutsche.de*, 9. September 2013, im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/umbruch-in-aegypten-militaerchef-al-sisi-als-kuenftiger-praesident-im-gespraech-1.1766222>.
- Süddeutsche.de (2013; II): Muslimbrüder rufen zu täglichen Protesten auf, in: *Süddeutsche.de*, 16. August 2013, im Internet unter:

- <http://www.sueddeutsche.de/politik/aegypten-blutige-strassenschlachten-am-freitag-der-wut-1.1747405>.
- Symanck, Markus (2014): Islamists backing Egypt's new government, in: *Deutsche Welle*, 19. Februar 2014, im Internet unter: <http://www.dw.de/islamists-backing-egypts-new-government/a-17440987>.
- Trager, Eric (2011): The Unbreakable Muslim Brotherhood, in: *Foreign Affairs*, 90. Jahrgang, Ausgabe 5 (September/Oktober 2011), Foreign Affairs: New York, Seite 114-126.
- Uppsala Conflict Data Program, UCDP: *Egypt and the Arab Spring*, im Internet unter: <http://www.ucdp.uu.se/gpdatabase/info/Egypt%20and%20the%20Arab%20Spring.pdf>.
- Zeit (2013): Ägypten stuft Muslimbrüder als Terrororganisation ein, in: *Zeit Online*, 25. Dezember 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-12/aegypten-muslimbrueder-terror-organisation>.
- Zeit (2013, II): Ägyptens Verfassungsgericht erklärt Schura-Rat für ungültig, in: *Zeit Online*, 2. Juni 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-06/aegypten-schura-rat>.
- Zeit (2013, III): Ägyptisches Gericht verbietet Muslimbruderschaft, in: *Zeit Online*, 23. September 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-09/muslimbruderschaft-verbot-gericht-aegypten>.
- Zeit (2013, IV): Hintergrund: Die Finanzhilfen der Europäer für Ägypten, in: *Zeit Online*, 20. August 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/news/2013-08/20/eu-hintergrund-die-finanzhilfen-der-europaeer-fuer-aegypten-20141204>.
- Zeit (2013, V): Mubarak aus Gefängnis entlassen, in: *Zeit Online*, 22. August 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-08/mubarak-haft-entlassung>.
- Zeit (2013, VI): Saudi-Arabien sichert Ägypten finanziell ab, in: *Zeit Online*, 19. August 2013, im Internet unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-08/saudi-arabien-aegypten-finanzhilfe>.
- Zekri, Sonja (2013): Der fast vollständige Kollaps der Politik, in: *Süddeutsche.de*, 18. August 2013, im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/neue-macht-des-aegyptischen-militaers-zweifel-gelten-als-verrat-1.1749031-2>.
- Zekri, Sonja (2013, II): Muslimbrüder brüskieren den Westen, in: *Süddeutsche.de*, 4. Juni 2013, im Internet unter: <http://www.sueddeutsche.de/meinung/urteile-gegen-ngo-mitarbeiter-in-aegypten-muslimbrueder-brueskieren-den-westen-1.1688437>.

## Diagrammquellen:

- Ahram Online (2012): *Morsi, Shafiq officially in Egypt's presidential elections runoffs*, in: Ahram Online, 28. Mai 2012, im Internet unter: <http://english.ahram.org.eg/News/43126.aspx>.
- Auswärtiges Amt (2013): *Ägypten*, Stand: Juli 2013, im Internet unter: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/Aegypten\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Aegypten_node.html).
- BBC (2012, II): *Egyptian voters back new constitution in referendum*, in: *BBC Online*, 25. Dezember 2012, im Internet unter: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-20842487>
- BBC (2012, III): *Egypt's Islamist parties win elections to parliament*, in: *BBC Online*, 21. Januar 2012, im Internet unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-16665748>.
- BBC (2012, IV): *Muslim Brotherhood's Mursi declared Egypt president*, in: *BBC Online*, 24. Juni 2012, im Internet unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-18571580>.
- BBC (2014): *Egypt referendum: '98% back new constitution'*, in: *BBC Online*, 19. Januar 2014, im Internet unter: <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-25796110>.
- D-maps.com (2007-2014): *Ägypten - Grenzen, Flüsse, Landeshauptstädte, Namen*, im Internet unter: [http://d-maps.com/carte.php?num\\_car=13764&lang=de](http://d-maps.com/carte.php?num_car=13764&lang=de).
- Dunne, Michele; Williamson, Scott (2014): *Egypt's Unprecedented Instability by the Numbers*, in: *Carnegie Endowment for International Peace*, 24. März 2014, im Internet unter: <http://carnegieendowment.org/2014/03/24/egypt-s-unprecedented-instability-by-numbers/h5j3>.

*Bei allen im Text enthaltenen Diagrammen handelt es sich um eigene grafische Darstellungen von Daten, die den dort genannten Quellen entnommen sind.*

*Letzter Zugriff auf die zitierten Online-Quellen: 4. Juni 2014*